

## Stadtrat

### Protokoll

SR-Nr: 7. Stadtratssitzung  
Datum SR-Sitzung: 14. Dezember 2020  
Beginn: 19:00 Uhr  
Schluss: 21:55 Uhr  
Ort: Markthalle Burgdorf AG, Sägegasse 19, Burgdorf

---

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 49 und 50 vom 3. und 10. Dezember 2020 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

---

#### Teilnehmer:

**Stadtratspräsident** Peter von Arb

**Stimmzähler** Franziska Maurer Roschi, Werner Weber

**Mitglieder des Stadtrates** Roger Aebi, Yves Aeschbacher, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Peter Biedermann, Tabea Bossard, Franziska Cottier, Urs Geiser, Thomas Gerber, Friedrich Gfeller, Yves Greisler, Thomas Grimm, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Barbara Lüthi-Kohler, Adrian Merz, Philipp Schärf, Andreas Stettler, Anette Vogt, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Ian Thompson, Manfred Schaffer, Peter Hauser, René Marti, Christian Aebersold, Sabrina Rohrbach, Jürg Grimm, Walter Bangerter, Simon Niffenegger, Karin Fankhauser, Esther Liechti-Lanz, Urs Wüthrich, Debra Marti

**Entschuldigt** Simon Kühni, Damaris Hauser, Carmen Baumeler

**Stadtpräsident** Stefan Berger

**Mitglieder des Gemeinderates** Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Annette Wisler Albrecht, Christoph Grimm

**Stadtschreiber** Roman Schenk

**Auskunftsperson** Stadtschreiber Stefan Ghioldi

**Protokoll** Brigitte Henzi

---

**Traktanden:**

|  |    |
|--|----|
| - Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 2. November 2020   | 4  |
| - Informationen des Stadtratspräsidenten   | 4  |
| - Informationen aus dem Gemeinderat  | 4  |
| - Abschlussbericht Altersvorsorge Stadt Burgdorf 2019 (zur Kenntnisnahme)  | 6  |
| - Kreditabrechnung Kulturhalle Sägegasse   | 8  |
| - Anpassungen Abfall- und Gebührenreglement (AbfallR) 2020   | 11 |
| - Reglement Spezialfinanzierung Klimaforce   | 15 |
| - Spezialfinanzierung Kulturförderung  | 18 |
| - Orientierung GR; Klima Vision 30   | 20 |
| - Orientierung GPK; Verwaltungskontrolle   | 23 |
| - Orientierung GPK; Datenschutz  | 24 |
| - Auftrag BDP-Fraktion betreffend "Das Essen zum Kind und nicht umgekehrt"   | 24 |
| - Dringliches Postulat Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend Stadtratsentschädigung                 | 25 |
| - Dringliche Interpellation SVP- und EDU-Fraktion betreffend „Finanzielle Hilfe für Burgdorfer Vereine“                    | 25 |
| - Interpellation SP-Fraktion betreffend Erreichbarkeit der Burgdorfer Notfallorganisationen bei einem Swisscom-Netzausfall | 26 |
| - Verschiedenes und Unvorhergesehenes  | 26 |

### **Appell**

Der durch die Stimmzählerin Maurer Roschi Franca durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 37 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

---

### **Traktandenliste**

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, teilt mit, dass man im Rahmen der Budgetdebatte an der letzten Sitzung den SR mit der Idee auf einen Verzicht des Sitzungsgeldes überrascht und überrumpelt hat. Aufgrund der Rückmeldungen hat man sich entschieden, den Antrag zum Budget in ein dringliches Postulat umzuwandeln. Die EVP dankt dem GR und der Verwaltung für die Beantwortung und für die Auslegeordnung. Ein Verzicht auf die Sitzungsgelder fällt in der Summe tatsächlich nicht ins Gewicht. Deshalb wird die EVP das dringliche Postulat betreffend Stadtratsentschädigung zurückziehen. Aufgrund der Coronasituation tagt der SR zur Sicherheit seit einiger Zeit in der Markthalle. Man schätzt die Möglichkeit sehr. Die Kosten, die dadurch generiert werden nebst den Mietkosten, sind relativ hoch. Der Mietaufwand für die Markthalle entspricht zufälligerweise dem Betrag der Einsparung mit den Sitzungsgeldern. Um den SR nicht in eine blöde Situation zu bringen und weil der GR auf den freiwilligen Verzicht verweist, hat die EVP sich für den freiwilligen Verzicht entschlossen. Die entsprechende Verzichtserklärung hat man bereits abgegeben. Wer sich dem Verzicht anschliessen möchte, kann das sehr gerne machen.

### **Abstimmung**

Streichung Traktandum 13 Dringliches Postulat Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend Stadtratsentschädigung

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 36 Ja und 1 Nein Stimmen der Streichung des Traktandums 13 zu.

### **Abstimmung**

Angepasste Traktandenliste (ohne Traktandum 13)

### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die neue Traktandenliste.

---

SRB: 2020-410 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

### **Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 2. November 2020**

#### **Verhandlung**

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 2. November 2020.

---

SRB: 2020-411 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

### **Informationen des Stadtratspräsidenten**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsident von Arb Peter begrüsst die Anwesenden zur sechsten Sitzung im Jahr 2020 und informiert über das nach wie vor geltende Schutzkonzept. Wenn der Platz verlassen wird, gilt eine Maskenpflicht. Eine Ausnahme ist, wenn man sein Votum bei den Mikrofonen macht. Die Mikrofone werden nach jedem Gebrauch desinfiziert. Desinfektionsmittel steht beim Eingang zur Verfügung. Es gilt Abstand zu halten. Die Gäste und Medienvertreter müssen sich auf der Präsenzliste beim Eingang eintragen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der SR aufgrund von Covid-19 leider auf sein Jahresschlussessen verzichten muss. Als kleines Geschenk und als Entschädigung erhält der SR ein Weihnachtsring mit Schokolade. Ein Dank für die Organisation geht an Henzi Brigitte und ein Dank für das Geschenk an die Stadt Burgdorf. Ende November haben die Gemeindewahlen stattgefunden. An der heutigen Sitzung wird es verschiedene Verabschiedungen geben. Der Vorsitzende dankt Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette für ihren Einsatz zugunsten der Stadt Burgdorf. Der Vorsitzende gratuliert den wiedergewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zur Wahl sowie auch Stadtpräsident Berger Stefan zur bereits bekannten Stillen Wahl. Ein Dank geht aber auch an die abtretenden Stadträtinnen und Stadträte sowie die Gratulation an alle wiedergewählten und neuen Mitglieder des SR. Heute Nachmittag um 16.00 Uhr hat die Ressortzuteilung des Gemeinderates (GR) stattgefunden. Die entsprechende Medienmitteilung wird folgen. Beim Eingang auf einem Tisch sind persönlich adressierte Briefe an die Mitglieder des SR nach Parteien sortiert deponiert. Der SR wird gebeten, diese mitzunehmen. Der SR wird gebeten, sich an die Redezeit von fünf Minuten für die Voten und zwei Minuten für die Vorstössen zu halten.

---

SRB: 2020-412 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

### **Informationen aus dem Gemeinderat**

#### **Verhandlung**

Gemeinderat Grimm Christoph informiert über die Coronasituation bei den Schulen in Burgdorf. Leider ist Corona allgegenwärtig und im Moment auch in der Schule Burgdorf. Die Leiterin der Volksschule, Kurtogullari Katrin, die Schulleitungen und die Lehrkräfte arbeiten im Moment mit unglaublicher

Flexibilität. Kein Tag ist wie der andere. Zum Teil ist es ziemlich chaotisch. In allen Schulhäusern treten einzelne positive Fälle auf, die bisher zu keinen weiteren Massnahmen geführt haben. Die Eltern werden immer informiert, was zu tun ist. Jeder Fall wird einzeln behandelt und bewertet. Im Moment sind im Schulhaus Gsteighof fünf Klassen in der vorsorglichen Quarantäne. Vorsorgliche Quarantäne heisst, dass abgeklärt wird, wie weit die Klassen wirklich in Quarantäne müssen und welche Krankheitsbilder vorhanden sind. Betroffen sind eine 3. Klasse, eine 4. Klasse, eine 5. Klasse und zwei 6. Klassen. In der 6. Klasse hat es eine Art Superspreader gegeben. Es wurden sieben Schülerinnen und Schüler positiv getestet. Da musste man genau hinschauen. Da die beiden 6. Klassen in das gleiche Pavillon in die Schule gehen, den gleichen Eingang und die gleiche Garderobe benützen, ist es sinnvoll, wenn diese beiden Klassen in die sogenannte angeordnete Quarantäne schickt. Das Kantonsarztamt (KAZA) hat verfügt, dass die beiden Klassen bis und mit den Weihnachtsferien im Fernunterricht unterrichtet werden. Während den vergangenen Schultagen sind alle Klassen, die in vorsorglicher Quarantäne sind, mit Aufgaben beliefert worden. Einige Klassen kommen Morgen und am Mittwoch zum Präsenzunterricht zurück. Die gehäuften Krankheitsfälle in den anderen Klassen sind mehrheitlich als Grippe und so ähnlich taxiert worden und nicht als Covid-19. Aus diesen Grund kehren sie in den Präsenzunterricht zurück. Kurtogullari Katrin und die Schulleitungen arbeiten täglich sehr eng mit dem KAZA zusammen. Das Schulinspektorat ist auch involviert und steht beratend zur Seite. Die Eltern werden schnell und transparent informiert. Wenn Corona in einer Klasse ausbricht, werden die Lehrer und Eltern unruhig. Es kommen immer mehr Meldungen zur Leiterin der Volksschule, dass man doch den Fernunterricht einführen und alle in Quarantäne schicken soll. Quarantänemassnahmen sowie Klassen- und Schulschliessungen aus medizinischen Gründen werden durch das KAZA verfügt. Die Gemeinden oder Schulleitungen dürfen ohne Rücksprache mit dem KAZA und den Schulärzten keine Schulen schliessen. Burgdorf wird durch das KAZA, die Schulärzte und das Schulinspektorat gut unterstützt. Jeder Fall wird einzeln behandelt. Es gibt keinen Alleingang für Burgdorf. Gemeinderat Grimm Christoph bittet aufgrund der momentanen Situation den SR um etwas Geduld betreffend dem vom SR gegebenen Auftrag, die Situation der Schulen im Frühling zu analysieren. Im Moment haben die Schulen ganz andere Prioritäten als diese Umfrage zu starten. Wer Fragen zur Coronasituation in den Schulen Burgdorf hat, kann sich an Kurtogullari Katrin wenden.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass ihre Informationen auch die Schule betreffen und zwar die Klimatisierung Schulhaus Lindenfeld. Das Schulhaus zwischen Berufsschule und Spital hat ein Wärmeproblem und die Luftqualität, der Co<sub>2</sub>-Gehalt, ist nicht optimal. Es gab immer wieder Rückmeldungen von den Eltern, aber auch der Lehrerschaft, dass es schwierig ist. In diesem Jahr wurde eine Arbeitsgruppe gegründet mit dem Namen Klima Schulhaus Lindenfeld. In dieser Arbeitsgruppe sind der Elternrat, die Schulleitung, die Volksschulkommission, der GR, die Baudirektion, die Bildungsdirektion und die Finanzdirektion vertreten. Die Arbeitsgruppe hat sich intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt und hat mit ausgewiesenen externen Spezialisten die technisch möglichen Massnahmen geprüft. Dies auch in einer längeren Testphase unter realen Bedingungen. Daraus wurde eine beste Lösung evaluiert. Die Verbesserung der Luftqualität und Verminderung des Co<sub>2</sub>-Gehaltes ist möglich. Die Temperaturen in den Sommermonaten kann gesenkt werden. Das bedeute aber, dass die Storen an der gesamten Fassade des Obergeschosses erneuert werden muss und zwar inklusive Steuerung. Der Einbau von Einzellüftungsgeräten in allen Klassenzimmern im Obergeschoss ist notwendig. Die Einzellüftungsgeräte filtern in Bezug von Raumluft die Viren, Bakterien, Polen und Staub. Es soll auch den Coronavirus filtern. Es handelt sich um Lüftungsgeräte und nicht um eine Klimaanlage. Diese Massnahmen sollen in den Herbstferien umgesetzt werden. Die Massnahmen werden in zwei Bauetappen durchgeführt. Die erste Etappe erfolgt im Herbst 2021, wo die ganze Südfassade im zweiten Obergeschoss saniert wird. Nach der Sanierung wird die Massnahme evaluiert, um die definitiven Gerätschaften an der Nordfassade zu installieren. Es wird nicht nahtlos erfolgen, sondern in der Zwischenzeit eine Evaluation durchgeführt. Das ganze kostet auch etwas und

zwar rund 1.3 Mio. Franken. Das Geld stammt aus dem Cashflow der Schulhaus AG. Der Kontokorrent und der jährliche Cashflow der Schulhaus AG beträgt Fr. 550'000.--. Der Betrag von 1.3 Mio. Franken kann selber durch die Schulhaus AG finanziert werden. Man ist froh, dass man endlich loslegen kann, damit eine gute Situation für die Schüler und Lehrer geschaffen werden kann.

Stadtpräsident Berger Stefan gratuliert den Wiedergewählten zur Wahl und denjenigen, den es nicht ganz gereicht hat zur Wahl alles Gute. Für Stadtschreiber Schenk Roman ist es heute die letzte Stadtratssitzung. Sein Nachfolger wurde an der letzten Sitzung bereits kurz vorgestellt. Damit der SR weiss, mit wem der GR und SR ab 1. Januar 2021 starten wird, stellt sich Stadtschreiber Ghioldi Stefan vor.

Stadtschreiber Ghioldi Stefan freut sich, dass er sich heute kurz präsentieren kann. Er ist erfreut über die Wahl des GR zum neuen Stadtschreiber per 1. Januar 2021. Er ist 41-jährig und hat in Bern ein Jurastudium absolviert. Im Anschluss hat er noch das bernische Anwaltspatent gelöst. Vorher war er 13 Jahre beim Kanton Bern tätig. Er hat beim Amt für Gemeinden und Raumordnung den Fachbereich Recht geleitet bei der Direktion für Inneres und Justiz. Er wohnt mit seiner Familie in Jegenstorf. Er freut sich auf die Zusammenarbeit mit dem SR. Mit der Verwaltung konnte er bereits Erfahrungen sammeln, da er am 1. November 2020 seine Arbeit aufgenommen hat. Ab 1. Januar 2021 wird er seine Arbeit operativ starten.

---

SRB: 2020-413 | Registratur-Nr. 1.10.1010.50

### **Abschlussbericht Altersvorsorge Stadt Burgdorf 2019 (zur Kenntnisnahme)**

#### **Verhandlung**

Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette teilt mit, dass ein solches Geschäft einzigartig ist und erlebt es auch nur einmal in seiner politischen Karriere, wenn überhaupt. Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette kann nun am Schluss das Geschäft dem SR vorstellen. Es war ein Legislaturziel des damals neu gewählten GR. In der Legislaturplanung 2017 - 2020 war das Ziel die langfristige Sicherung der 2. Säule und eine geeignete Anschlusslösung zu suchen. Die Aufgabe hat die Paritätische Kommission Personal (PKP) erhalten, um es vorgängig zu beraten. In der Kommission sind drei Mitglieder des GR und drei Vertreter und Vertreterinnen des Personals vertreten. Stadtpräsident Berger Stefan hat normalerweise auch Einsitz, aber da er persönlich befangen ist und selber Mitglied der Pensionskasse ist und zudem auch Mitglied im Stiftungsrat der damaligen Pensionskasse war, hat Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette die Vertretung übernommen. Seitens des GR waren Gemeinderäte Gübeli Charlotte, Bucher Theophil und Wisler Albrecht Annette vertreten, um das Geschäft vorzubereiten. Es haben 20 Sitzungen stattgefunden. Es war ein grosser Aufwand, aber auch eine sehr interessante Arbeit. Was waren die Herausforderungen? Erstens, die sichere Zukunft der beruflichen Vorsorge für die städtischen Angestellten zu suchen. Eine Möglichkeit war die alte Pensionskasse, welche eine Unterdeckung aufwies und sinkende aktive Versicherte sowie das Verhältnis zu den Rentnern wurde immer wie grösser. Deshalb wurde auch der Anschluss an eine neue Pensionskasse gesucht. Zweitens, die Senkung des Umwandlungssatzes von 6.4 auf 5.2. Andere Pensionskassen haben die Senkung bereits gemacht. Die PRE hatte zugewartet und deshalb wurde das Problem immer wie dringender. Man war sich bewusst, dass man die Senkung nicht ohne Massnahmen vornehmen konnte, weil sonst die Gefahr bestanden hätte, dass viele Mitarbeitende in Schlüsselpositionen auf Ende 2018 gekündet hätten. Und drittens mussten auch die Kosten im Griff behalten werden. Die erste Schätzung für die volle Abfederung des Umwandlungssatzes betragen 10 Mio. Franken. Es war klar, dass es so nicht

möglich ist. Die einzelnen Etappen sind im Bericht aufgeführt und werden an dieser Stelle nicht wiedergegeben. Das Projekt ist gut gelungen. Man hat in der PKP sorgfältige Arbeiten geleistet und das auch dank dem Projektleiter Stadtschreiber Schenk Roman. Es waren viele Stunden in der Kommission nötig. Stadtschreiber Schenk Roman hatte aber noch viel mehr Arbeit bei der Vorbereitung und Leitung des Projektes. Ein Dank geht auch an die beigezogenen Juristen Nobel Béatrice und Arnaiz Jose. Gute Arbeit hat aber auch der Stiftungsrat der PRE geleistet. Die Liegenschaften konnten zu einem guten Preis verkauft werden. Das Glück war auch noch auf unserer Seite. Es gab Ende 2018 ein Börsenhoch. Das hat auch zum positiven Schlussergebnis geführt. Die Kosten betragen maximal 1 Mio. Franken. Je nach Austritten reduziert sich dieser Betrag noch. Somit sind die Kosten viel tiefer als am Anfang des Projektes. Die Kosten sind für die Abfederung des Umwandlungssatzes vertretbar. Die städtischen Angestellten haben mit der neuen Pensionskasse SHP eine gute Lösung. Sie haben wesentlich bessere Risikoleistungen. Es gibt bessere Leistungen bei den Teilzeitangestellten. Mit dem Anschluss an die SHP ist die Zukunft der 2. Säule für die städtischen Angestellten auf eine sichere Basis gestellt. Das Verhältnis zwischen aktive Versicherten und Rentnern ist ausgeglichen, so dass man mit den Börsensprüngen, die es halt mal gibt, ruhig schlafen kann. Der GR bittet den SR, den beiden Anträgen zuzustimmen.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, teilt mit, dass beim Lesen des Berichtes die Pensionskassengeschichte der Stadt Burgdorf ein bisschen wie ein Buch mit sieben Siegeln ist. Mit dem Bericht wird in chronologischer und thematischer Aufzeichnung über die Ereignisse berichtet, was im Sinne von Transparenz sehr geschätzt wird. Ein Dank an dieser Stelle an die Verwaltung. Im Bericht hat es aber diverse Passagen, die Kopfzerbrechen bereiteten und Fragen aufwerfen. Es ist nicht nachvollziehbar weshalb am 16. September 2019, auf Seite 4 des Berichtes, festgestellt wird, dass der Umverteilungsplan zu einer ganzen Reihe von berechtigten Kritikpunkten führt, man sich aber gleichzeitig entscheidet den Umverteilungsplan nicht anzufechten. Noch weniger nachvollziehen kann man, dass man dann auf der Seite 11 festhält, dass die Arbeitgebervertretung von der Verteilung enttäuscht oder im Originalton frustriert ist. Vielleicht kann dazu noch Stellung genommen werden. Ein zweiter Punkt, der noch erwähnt werden muss, ist auf der Seite 8 zu der Sicherstellung der Freien Renten der Localnet AG. Die SHP schliesst mit einer überdurchschnittlichen Performance von 15.6 Prozent ab. Durchschnitt wäre gemäss Google 11.1 Prozent gewesen. Es werden Rückstellungen gemacht, um die Technischen Parameter zu verbessern, auf Kosten des Deckungsgrads. Zusammengefasst schliesst die Pensionskasse zwar überdurchschnittlich ab, bedient sich aber dennoch bei erster Gelegenheit an der Spezialfinanzierung. Das kann man nicht nachvollziehen. Der SR wird gebeten, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Aus erwähnten Gründen wird sich die EVP enthalten.

Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette teilt mit, dass der Verteilplan von den betroffenen Arbeitnehmern nicht angefochten wurde. Die Versicherten haben diesen akzeptiert. Warum es nicht gemacht wurde, weiss man nicht. Die Arbeitgebervertreter waren nicht über das Resultat frustriert, sondern über den Ablauf. Man hat ziemlich viel Zeit in den Verteilplan investiert, um diesen möglichst gerecht auszuarbeiten. Die älteren Versicherten sollten möglichst wenig verlieren. Man hat rund drei Sitzungen in die verschiedenen Varianten investiert. Der Stiftungsrat der PRE hat dies dann übersteuert. Das war unbefriedigend. Die PRE musste die Aufsichtsbehörde anhören und diese hat andere Informationen abgegeben. Die vorbereiteten Varianten konnten nicht genehmigt werden. Es waren zwei verschiedene Expertenmeinungen vorhanden. Die Localnet AG hat sich bei einer anderen Pensionskasse versichert und hat die Rentner nicht mitgenommen. Deshalb hat die Localnet AG eine Ausgleichszahlung gemacht. Die Ausgleichszahlung wäre benützt worden, damit bei einer Verschiebung des technischen Parameters nicht die Stadt Burgdorf zur Kasse gebeten würde. Es stellte sich die Frage, wann sind die Voraussetzungen für den Gebrauch des Beitrages der Localnet AG

gegeben. Die Verzinsung der SHP entspricht versicherungstechnisch den Anforderungen. Es war aber nicht zwingend nötig. Es ist aber die Philosophie der Kassen, möglichst versicherungstechnisch nachzuziehen und nicht eine ungleiche Solidarität zu schaffen. Die PKP hat es geprüft und war der Meinung, dass die Voraussetzungen gegeben sind damit die Reserve, welche die Localnet AG eingeworfen hat, aufgelöst werden können. Es hat noch den Vorteil, dass möglichst viele der Versicherten, die den Übergang von der PRE zur SHP gemacht haben, noch aktiv sind. Wer weg gegangen ist, hat auch nichts mehr bekommen. Die betroffenen Personen konnten so noch profitieren.

### **Abstimmung**

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Beschluss des Gemeinderates vom 9. November 2020 über die gebundene Ausgabe in Höhe von 1 Mio. Franken für Abfederungsmassnahmen im Rahmen des Projektes neue Altersvorsorge 2019.
2. Er nimmt Kenntnis vom Abschluss des Projektes Altersvorsorge 2019 und vom Abschlussbericht des Projektleiters.

### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 34 Ja Stimmen bei 3 Enthaltungen die Anträge.

---

SRB: 2020-414 | Registratur-Nr. 5.52.5210.10

### **Kreditabrechnung Kulturhalle Sägegasse**

#### **Verhandlung**

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass der SR am 21. März 2016 den Investitionskredit Kulturhalle Sägegasse in der Höhe von Fr. 1'797'144.-- bewilligt hat. Die Kulturhalle Sägegasse hat eine lange Vorgeschichte. Die Idee einer solchen Halle für die Jugend geht Jahrzehnte zurück. Gemeinderat Bucher Theophil erinnert sich vor allem an die Stadtratssitzung, an welcher zahlreiche Jugendliche und Junggebliebene den Stadtratssaal bis auf den letzten Platz besetzten, um uns bei unserer Entscheidung auf die Finger zu schauen. Heute liegt die Schlussabrechnung dieses Projektes vor. Das Projekt schliesst mit Gesamtkosten von Fr. 1'759'140.-- ab. Dazu kamen nachträgliche Kosten für die Abklärung betreffend Rissanierung von Fr. 7'473.85. Das Projekt schliesst somit mit Minderausgaben von Fr. 30'530.15 ab. Abzüglich des Beitrages des Lotteriefonds betragen die Nettokosten Fr. 1'738'384.85. Gemäss Vorgaben des SR hatten die Jugendlichen Eigenleistungen in beträchtlichem Umfang zu erbringen. Diese wurden wie vereinbart erbracht. Im Wesentlichen erstellten die Jugendlichen sämtliche Einrichtungen vom Backstage Bereich über die Bühne bis zur Bar in Eigenarbeit und auf eigene Kosten. Die Summe dieser Eigenleistungen liegt bei Fr. 159'875.--. Das sind knapp 10 Prozent der Gesamtkosten. Die Höhe dieser Eigenleistungen ist bemerkenswert und an dieser Stelle wird den Jugendlichen nochmals ein herzliches Dankeschön und die Anerkennung für ihre Leistung ausgedrückt. Vor allem kann sich diese Eigenleistung sehen lassen. Wie der Kreditabrechnung zu entnehmen ist, gab es in diesem Projekt diverse Zusatzkosten, welche im ursprünglichen Kostenvoranschlag nicht enthalten waren. Diese Zusatzkosten sind zurückzuführen auf Auflagen im Baubewilligungsverfahren beziehungsweise auf bauliche und betriebliche Massnahmen, welche erst im Zuge der Bauarbeiten notwendig wurden. Dadurch, dass bei anderen Arbeitsvergaben Kosteneinsparungen erzielt werden konnten und durch die Position Unvorhergesehenes konnten die Zusatzkosten aufgefangen werden.



Bei diesen Zusatzkosten handelt es sich um die Realisierung eines Fumoirs, die Sanierung von Rissen in den Fassaden, die Anpassung des Hausanschlusskastens, zusätzliche Malerarbeiten und die Versickerungsanlage. Ein besonderes Augenmerk gilt es noch auf die Rissanierung zu legen. Bei der Planung ging man aufgrund von älteren Gutachten davon aus, dass die Rissbildung statisch unbedenklich ist. Deshalb wurden keine Massnahmen vorgesehen. Während den Sanierungsarbeiten am Dach stellte man jedoch fest, dass der Riss an der Südfassade teilweise sehr breit war und das Mauergefüge gestört war. Daher erfolgte eine umgehende Instandsetzung dieses Fassadenbereichs. Um sicherzugehen, dass die übrigen Risse weiterhin unbedenklich sind, wurde von der BPU AG eine Untersuchung vorgenommen. Der detaillierte Bericht liegt der Verwaltung vor. Die Stellungnahme der BPU AG belegt, dass die Risse unbedenklich sind und die Tragsicherheit des Gebäudes weiterhin gewährleistet ist. Um abschätzen zu können, welche Kosten anfallen würden, damit die Liegenschaft Sägegasse 17 als gesamtsaniert betrachtet werden kann, wurde die BPU AG beauftragt, die Kosten für eine Sanierung der übrigen Risse zu ermitteln. Es hat sich gezeigt, dass mit zusätzlichen Kosten von Fr. 155'000.-- zu rechnen wäre. Aufgrund der Unbedenklichkeit wurde darauf verzichtet, diese Sanierung zum jetzigen Zeitpunkt auszuführen. Die detaillierten Abklärungen bilden eine gute Grundlage für eine allfällige spätere Sanierung. Die Aufwendungen für die erfolgten Abklärungen werden diesem Kredit belastet. Der GR beantragt den SR, die Kreditabrechnung für die Umnutzung der alten Turnhalle Sägegasse zu einer Kulturhalle mit Bruttoausgaben von Fr. 1'766'613.85, Minderausgaben von brutto Fr. 30'530.15 und Nettoausgaben von Fr. 1'738'384.85 zu genehmigen.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass seit dem Stadtratsbeschluss beziehungsweise der Bewilligung des Investitionskredites aus dem Jahr 2016 einiges gegangen ist. Aus der alten, modrigen Turnhalle wurde ein lebendiges Kulturlokal. 240 Stunden Eigenleistung wurde von jungen Erwachsenen erbracht und diese Stunden waren wirklich Knochenarbeit. Es wurden Wände gestrichen, ein Barkubus und ein Kassenhaus erstellt, viel gestaltet und noch mehr organisiert. Die Schlüsselübergabe erfolgte schliesslich am 31. August 2018 und die Kulturhalle Sägegasse konnte am 1. September 2018 offiziell ihren Betrieb aufnehmen. Seit der Eröffnung ist viel gegangen. Für den operativen Betrieb konnte eine professionelle Co-Betriebsleitung mit fixen 60 Stellenprozent, aufgeteilt auf drei Personen, geschaffen werden. Für die Organisation der einzelnen Events wurden verschiedene Arbeitsgruppen, namentlich die Programm-, Bar- und Technikgruppe, gegründet. Diese bestimmen das Programm, sind für die Kommunikation verantwortlich, organisieren den Gastrobetrieb und kümmern sich um die Technik. Ohne den riesen Effort von rund 170 Helferinnen und Helfer, welche die Bar schmeissen, Tickets an der Kasse verkaufen, sich um die Bands kümmern, die Halle putzen und überall dort helfen, wo es nötig ist, wäre die Aufrechterhaltung des Betriebes unmöglich. Und das alles machen sie freiwillig und unentgeltlich, wofür man auch einmal danken darf. Seit der Eröffnung fanden rund 100 eigens organisierte Veranstaltungen mit etwa 100 Besucherinnen und Besuchern im Schnitt statt. Das Programm konnte stetig ausgebaut werden. Von Konzerten über Partys bis hin zu Gastrobetrieb und Theateraufführungen. Die Kulturhalle wird auch vermietet. Etwa für kleinere Anlässe wie zum Beispiel für die Durchführung von Kursen, Workshops oder Apéros oder auch für grössere Anlässe wie zum Beispiel Krimitage oder Jugendmusikfest. Es kann festgehalten werden, dass die Kulturhalle auf Kurs ist und das vielfältige Angebot auf Anklang stösst. Wieso wird das alles erzählt? Schliesslich soll der SR heute die Kreditabrechnung mit Minderausgaben genehmigen und somit dürfte das Geschäft unbestritten sein. Im Jahr 2016 als es um den Kreditantrag ging, sass Stadträtin Bannwart Gabriela noch im Publikum. Die Voten im SR sind noch präsent. Es wurde viel Kritik geäussert und das Vertrauen in die Burgdorfer Jugend schien eher zurückhaltend. Seit ihrer Zeit im SR kann sich Stadträtin Bannwart Gabriela an kein Geschäft erinnern, das solche Hürden nehmen musste wie die Kulturhalle Sägegasse. Diese haben bereits für den Investitionskredit ein komplettes Betriebskonzept eingereicht und der Kredit wurde an die Bedingung geknüpft, dass der zuständige GR Einsitz im Vorstand vom Trägerverein haben soll. Im Nachhinein darf wohl festgehalten werden, dass

sich die Bedenken von damals nicht erfüllt haben. Es gingen keine Lärmklagen ein, es wird nicht überbordert, ganz im Gegenteil sogar. Die Halle wurde mit Leben gefüllt und der Betrieb kann nur dank dem grossen, freiwilligen Einsatz der jungen Erwachsenen aufrechterhalten werden. Dafür gebührt ihnen unser Dank und man hofft, dass die Kulturhalle Sägegasse ihre Türen bald wieder öffnen und uns mit ihrem vielseitigen Programm beglücken kann.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, als Projektleiter von ähnlichen Retrofitprojekten hat er eine klare Meinung zum Abschluss und dem Verlauf des Projektes, nämlich vorbildlich. Trotz aufgetretenen Zusatzkosten von fast 10 Prozent des Gesamtbudgets konnte man knapp unter dem Soll abschliessen. Die GLP-Fraktion freut sich darüber und gratuliert allen Beteiligten für die sehr gute Leistung. Das Resultat lässt sich sehen oder im Moment müsste man sagen, es würde sich sehen lassen. Die Unterstützung der Stadt Burgdorf ist bei dieser Kulturhalle essentiell. Die Jugendlichen und Junggebliebene tragen das Ganze und stecken viel Herzblut in die Kulturhalle. Das macht Freude und man kann dahinter stehen. Der SR wird deshalb gebeten, auch weiterhin die Kulturhalle den entsprechenden Support zu bieten bis es richtig läuft. Momentan ist es keine einfache Epoche, aber die Post-Corona-Zeit wird kommen. Dann wird neues Leben in die neuen alten Mauern der Kulturhalle aufkommen und ein wichtiger Treffpunkt in Burgdorf und der Region entstehen. Man ist überzeugt, dass das gesellige Zusammensein nach der sozial stark belastender Zeit starken Aufwind erfahren wird. Dann freut man sich, gemeinsam in der Kulturhalle Sägegasse auf ein Bier anzustossen.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, spricht ein grosses Lob aus. Der SR hat das Projekt trotz einigen Bedenken bewilligt. Es handelt sich um eine grosse Erfolgsgeschichte. In der Produktgruppe 14 gibt es ein Wirkungsziel 14.2, dass kulturelle Angebote nationale Ausstrahlung haben sollen. Gemessen wird das Ziel an den Erwähnungen in nationalen und internationalen Medien. Budgetiert sind pro Jahr sechs. Als nicht regelmässiger Radiohörer hat Stadtrat Merz Adrian sicher schon zweimal im DRS3, was durchaus als nationales Medium bezeichnet werden kann, Kulturhalle Sägegasse Burgdorf gehört. Die Kulturhalle Sägegasse ist ein Projekt, das sicherlich über Burgdorf hinaus strahlt. Am 21. März 2016 war der Gemeindesaal voll mit Jugendlichen und Junggebliebene. Leider konnten sie dem SR bei der Abstimmung nicht auf die Finger schauen, weil eine geheime Abstimmung verlangt wurde. Gott sei Dank ist es trotz geheimer Abstimmung genehmigt worden.

#### **Abstimmung**

Die Kreditabrechnung für die Umnutzung der alten Turnhalle Sägegasse zu einer Kulturhalle mit Bruttoausgaben von CHF 1'766'613.85, Minderausgaben von brutto 30'530.15 und Nettoausgaben von CHF 1'738'384.85 wird genehmigt.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 37 Ja Stimmen die Kreditabrechnung.

---

SRB: 2020-415 | Registratur-Nr. 2.22.2200

## **Anpassungen Abfall- und Gebührenreglement (AbfallR) 2020**

### **Verhandlung**

Stadtratspräsident von Arb Peter stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass die vorliegende Änderung des Abfall- und Gebührenreglement einerseits auf dem Auftrag der FDP-Fraktion vom 17. Juni 2019 und andererseits auf dem Vorgehensvorschlag des GR zuhanden des SR vom 22. Juni 2020 basiert. Der SR hat den Vorschlag am 22. Juni 2020 einstimmig angenommen. Der GR hat sich intensiv und vertieft mit dem Thema befasst. Der GR hat versucht, eine Vereinfachung der Situation für sämtliche Beteiligte zu generieren. Man hat sich dabei einfachheitshalber auf die kantonale Vorlage stützen wollen. Ebenfalls wollte der GR die vorhandenen Verwaltungsressourcen berücksichtigen und allfällige Zusatzkosten vermeiden. Am meisten gewichtet hat der Klimanotstand respektive man will der Ökologie gerecht werden. Schlussendlich hat man auch nicht im Widerspruch zu denen im SR geforderten Grundsatzmassnahmen handeln wollen. Aufgrund der verschiedenen, auch gegenseitig abwägenden Aspekte haben die zuständigen Mitarbeitenden zusätzliche Informationen verglichen und Erwägungen formuliert und entsprechend zusammengetragen. Diese Facts sind in den Unterlagen und dem Bericht zu finden. Diese Informationen zeigen deutlich, dass die vorgeschlagenen Änderungen im Reglement absolut Sinn machen. Diese gelieferten Facts haben dem GR aufgezeigt, dass eine eigene Strategie nur gefahren werden kann, wenn man zusätzliche Ressourcen schaffen würde und auch finanzielle Zusatzaufwendungen in Kauf nehmen würde. Was aber keinen Sinn macht. Der heute eingegangene Änderungsantrag der SP-Fraktion widerspricht diesen Facts. Es kann nicht die Idee sein. Eventuell sind nicht alle Konsequenzen bei einer Annahme des Abänderungsantrages in Betracht gezogen worden. Gemeinderat Rappa Francesco verweist explizit auf die Empfehlungen des BAFU zum Einsatz von Mehrweggeschirr. Es hat sich gezeigt, dass Burgdorf offensichtlich über das Ziel geschossen ist und de facto eine Überreglementierung geschaffen hat. Das Gegenteil von gut ist gut gemeint. Mit der vorliegenden Änderung im Abfall- und Gebührenreglement kommt man wieder auf den Boden der Realität zurück. Das ist auch gut so, vor allem auch für die kleinen Anlässe, die mit viel Herzblut, kleinem Portemonnaie und grossem ehrenamtlichen Einsatz auf die Beine gestellt werden. Diese sollen auch in Zukunft auf die Beine gestellt werden können. Der GR bittet den SR, die beiden Anträge anzunehmen und den Abänderungsantrag der SP-Fraktion abzulehnen. Man ist gespannt auf die Debatte. Schlussendlich ist es ein politischer Entscheid. Der SR übernimmt für seinen Entscheid die Verantwortung.

Stadtrat Stettler Andreas, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man über das Abfallreglement für öffentliche Veranstaltungen in Burgdorf verhandelt und man weiss, dass im Moment keine Veranstaltungen stattfinden. Das ganze öffentliche Leben ist zum Erliegen gekommen. Es steht alles still. Wenn man Kultur in Burgdorf geniessen will, kann man es allenfalls machen, wenn man Zuhause Youtube anschaut mit Schertenlaib und Jegerlehner aus dem Casino und das notabene vor leeren Rängen. Was hat das mit unserem Thema zu tun? Zuhause entscheiden wir, ob wir dazu das Burgdorfer Bier im Einweggebinde 33 cl oder im Mehrweggebinde 50 cl trinken. Das Schöne ist, dass der Kanton Bern dazu keine Vorschriften macht, welches Bier wir trinken müssen. Und die Stadt Burgdorf soll keine zusätzlichen Vorschriften machen, damit wir nicht doch die grosse Flasche nehmen müssen. Wieso

muss die Burgdorfer Verwaltung päpstlicher sein als der Papst? Lassen wir doch einfach die kantonalen Vorschriften und setzen das so um. So war es auch mit der Idee des Auftrages der FDP-Fraktion. Die FDP-Fraktion dankt dem GR für die Diskussion. Weitere Bürokratie und Vorschriften sind nicht nötig. Es bringt nichts, wenn man nur hofft, dass die Kulturschaffenden die jetzige Phase überleben und nachher wieder ein gewisses kulturelles Angebot zustande kommt. Der Abänderungsantrag soll abgelehnt werden.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der SVP-Fraktion, informiert über das taktische Vorgehen. Solche Sachen werden in der Fraktion besprochen und diese hat vor einer Woche stattgefunden. Es ist sehr speziell, wenn man am Tag der Sitzung um 10.03 Uhr einen Abänderungsantrag erhält. Es ist ausserordentlich erstaunlich, dass gerade ein solcher Vorschlag von der SP-Fraktion gemacht wird. Warum? Es belastet die kleineren Anlässe. Deshalb ist der Vorschlag der SP-Fraktion erstaunlich. Die SVP-Fraktion wird den Abänderungsantrag ablehnen.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sich an der Fraktionssitzung ausführlich über die kantonale Lösung, die hier als Vorschlag vorliegt, unterhalten hat. Aus eigener Erfahrung kann Stadtrat Schaffer Manfred berichten, wie es ist, mit dem aktuellen Anbieter Cups and more zusammen zu arbeiten. Es ist wie immer im Leben, aller Anfang ist schwierig. Wenn man aber einmal die Erfahrung gemacht hat und mit einem solchen Anbieter zusammen gearbeitet hat, weiss man wie das Ganze funktioniert. Als weiterer Aspekt kommt dazu, dass es Interessenten in der Region gibt, die Mehrweggeschirr anbieten. Die Ökobilanz bei Cups and more ist ziemlich schlecht und würde sich dann markant bessern. Der SR wird daran erinnert, dass man vor etlichen Jahren, als das Thema Mehrweggeschirr eingeführt wurde, in Burgdorf eine Abstimmung gehabt hat. Die Abstimmung hat relativ hohe Wellen geworfen. Man wurde als Trendsetter in Bezug auf Nachhaltigkeit positiv erwähnt. Man sollte dies nicht leichtfertig aus der Hand geben. Das Thema Nachhaltigkeit wird uns auch in Zukunft noch weiter beschäftigen. Aus diesen Gründen hat die SP-Fraktion den Änderungsantrag eingereicht. Der Trend in Sachen Ökologie soll weitergetragen werden. Mit dem ausgewogenen Antrag geht Burgdorf in Richtung kantonale Regelung, setzt aber in Sachen Nachhaltigkeit ein Zeichen von Burgdorf. Man ist nicht ganz Weltfremd unterwegs. Mit dieser Regelung lehnt man sich an die Regelung der Stadt Spiez. Die Stadt Spiez ist im weitesten Sinn auch vergleichbar mit Burgdorf. Die SP-Fraktion bittet den SR, im Sinn einer nachhaltigen Lösung, den Änderungsantrag zu unterstützen.

#### Änderungsantrag SP-Fraktion

##### Artikel 5a neu

- 1 Für öffentliche Veranstaltungen, welche eine gastgewerbliche Bewilligung erfordern, darf in der Regel nur Pfand- oder Mehrweggeschirr verwendet werden. Ein Abfallkonzept ist dem Gesuch zwingend beizulegen.
- 2 Erscheint dies für kleinere Veranstaltungen unter 200 Personen mit geringen Abfallmengen nicht als zumutbar, sind andere geeignete Massnahmen zur Vermeidung und Verminderung des Abfalls zu treffen. In diesem Fall ist der zuständigen Stelle der Stadtverwaltung ein zu genehmigendes Konzept zu unterbreiten.
- 3 unverändert

Stadtrat Bangerter Walter, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass die FDP-Fraktion bezüglich der Mehrweggeschirrpflicht vorgeschlagen hat von den strengeren kommunalen auf die mildere kantonale Version zurückzugehen. Die Mehrweggeschirrpflicht soll erst ab 500 Besucher gelten. Die gemeinderätlichen Erwägungen erwähnen Argumente für eine Aufweichung der Verpflichtung wie Schwierigkeiten bei der Durchsetzung, ökonomische Vorbehalte, Mehrkosten bei Geschirrmiete und ökologische Aspekte beim Transport und Reinigung des Mietgeschirrs. Eine abstruse Bemerkung ist,

dass die Verbrennung des Plastikgeschirrs immer noch Co2-neutral ist. Das kann man sich schlecht vorstellen. Für Anlässe mit über 500 Besucher bleibt die Mehrweggeschirrpflicht bestehen. Das ist unbestritten und betrifft fast die Hälfte der bewilligten Anlässe. Im Jahr 2019 betrifft das insgesamt 64 Anlässe. 17 Anlässe hatten eine Teilnehmerzahl bis 100 Teilnehmende. Bei so kleinen Anlässen sollte die Beschaffung von Mehrweggeschirr kein Problem darstellen. Falls es wiederkehrende Ereignisse sind, haben sich die Veranstalter schon längst mit den Anforderungen arrangiert. Es hat noch 19 Anlässe zwischen 100 und 499 Besucher und 16 davon unter 300 Besucher. In vielen Fällen könnte man gute umweltverträgliche innovative Lösungen finden. Möglich sind gegebenenfalls auch Ausnahmeregelungen wie im Reglement erwähnt. Die Stadt Burgdorf könnte auch einen Grundstock an Mehrweggeschirr anbieten. Das wird in einigen Städten schon angeboten. Grundsätzlich ist die Grünen-Fraktion der Meinung, dass ein Anlass lieber gar nicht stattfindet als schlecht organisiert. Es ist heutzutage zumutbar, dem Mehrweggeschirr seinen Platz einzuräumen. Man hatte in den letzten Jahren auch nicht den Eindruck, dass in Burgdorf in den letzten Jahren weniger Anlässe stattgefunden haben oder auf Veranstaltungen verzichtet wurde. Offenbar ist das bestehende Reglement akzeptiert. Es wäre ein fatales Zeichen, wenn die kleineren Anlässe, bei denen der Aufwand überschaubar ist, aus der Verantwortung zu umweltfreundlichen Umgang mit Ressourcen entlassen würden. Die Grünen-Fraktion ist eigentlich der Meinung, dass das Geschäft abgelehnt werden muss und man beim Status quo bleiben soll. Der Kompromiss mit dem Änderungsvorschlag der SP-Fraktion ist schade und ökologisch wenig sinnvoll, weil die kleinen Anlässe gut zu regeln sind. Zur Not würde die Grünen-Fraktion dem Änderungsantrag der SP-Fraktion zustimmen.

Stadtrat Käsermann Fabian teilt persönliche Worte mit. Der SR hat schon einige Ghüdergeschäfte behandelt. Der SR hat damals das Geschäft genehmigt und das Referendum wurde ergriffen. Vom Volk wurde ein klares Zeichen für Mehrweggeschirr gemacht. Stadtrat Käsermann Fabian schliesst sich dem Votum der Grünen-Fraktion an. Im Grundsatz will man Mehrweggeschirr, aber man sagt auch, dass es für kleine Veranstaltungen nicht machbar ist. Das hat man auch eingesehen. Es hat einen gewissen Prozess gebraucht. Man hat auch am Freitag nochmals darüber diskutiert und es war deshalb nicht früher pfannenfertig. Man hat die Anzahl, ob 200 oder 500, diskutiert, weil dies einen Unterschied macht. Für die Stadt Burgdorf ist ein Anlass mit 500 Personen nicht ganz ein kleiner Anlass. Der Absatz 2 ist bis jetzt nicht klar formuliert und wurde auch nicht so umgesetzt. Es gab bereits jetzt Ausnahmen für kleine Anlässe oder solche mit wenig Abfall. In der Ausnahme sind jetzt 200 Personen vorgegeben. Das hat die Stadt Spiez im Übrigen nicht. Mit geringen Abfallmengen müssen Massnahmen zur Vermeidung oder Verminderung des Abfalls aufzeigen. Das ist die Idee, nämlich Abfall vermeiden. Das wäre ökologisch sinnvoller. In der Antwort des GR hat gestört, dass nur ein Beispiel gezeigt wurde. Es ist klar, dass dieses eine schlechte Ökobilanz hat. Es gibt noch andere mögliche Anbieter. Die Ökobilanz des Materials, wenn ein Teller oder Becher zehnmal abgewaschen wird, ist die Produktionsenergie bereits da. Man muss ein Kompromiss eingehen.

Gemeinderat Rappa Francesco dankt für die interessanten Voten, hat aber dazu einige Ergänzungen. Das Thema Nachhaltigkeit kann man mit denen vom SR gemachten Auflagen anlässlich des Klimanotstandes schlicht weg nicht erbringen. Auch wenn man die Stadt Spiez als Beispiel nimmt, macht es die Sache nicht besser. Die Stadt Spiez macht es auch nicht gut. Vielleicht hat Spiez den Klimanotstand nicht ausgerufen. Bei der Formulierung betreffend Plastik müssen wir uns nichts vormachen. In Burgdorf haben wir die Plastiksammlung initialisiert. Ein Nachteil gibt es noch, man muss es in den Werkhof bringen. Einige Personen bringen den Plastik mit dem Velo und andere mit dem Auto. Schon hier zeigt sich das Problem mit der Ökobilanz. Ein anderes Problem beim Plastik ist, dass wir, wenn wir Schwein haben, rund 70 Prozent vom Plastik rezyklieren können. Das andere Plastik ist schmutzig und kann nicht gebraucht werden. Beim Plastik ist auch jeder selber in der Verantwortung, dass man weniger verbraucht. Ein Grundstock an Mehrweggeschirr ist bei der Stadt

Burgdorf vorhanden. Das Problem ist aber, dass man die Ressourcen und Kapazitäten nicht hat. Wenn man in Burgdorf die Infrastruktur hätte und vor Ort abwaschen könnte, würde man es auch machen. Betreffend den kleinen Mengen wird auf das BAFU verwiesen. Es ist ökologisch grundsätzlich falsch. Gemeinderat Rappa Francesco ist erstaunt, aus welcher Richtung es vorgebracht wird. Aufgrund der Situation die in Burgdorf herrscht und aufgrund dessen was wir bieten können, macht es so keinen Sinn.

Stadtratspräsident von Arb Peter informiert über das weitere Vorgehen. Zuerst wird der Antrag des GR dem Änderungsantrag der SP-Fraktion gegenübergestellt und bereinigt. Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über die Anträge in der Stadtratsvorlage.

### **Abstimmung**

Antrag GR

Artikel 5a: Löschung von Absatz 1 und 2

Änderungsantrag SP-Fraktion

Artikel 5a neu

- 1 Für öffentliche Veranstaltungen, welche eine gastgewerbliche Bewilligung erfordern, darf in der Regel nur Pfand- oder Mehrweggeschirr verwendet werden. Ein Abfallkonzept ist dem Gesuch zwingend beizulegen.
- 2 Erscheint dies für kleinere Veranstaltungen unter 200 Personen mit geringen Abfallmengen nicht als zumutbar, sind andere geeignete Massnahmen zur Vermeidung und Verminderung des Abfalls zu treffen. In diesem Fall ist der zuständigen Stelle der Stadtverwaltung ein zu genehmigendes Konzept zu unterbreiten.
- 3 unverändert

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 20 gegen 17 Stimmen dem Änderungsantrag der SP-Fraktion zu.

### **Abstimmung**

1. Die Änderung des Abfallreglements vom 19. September 2005 wird gemäss vorliegendem Entwurf beschlossen.
2. Der Gemeinderat bestimmt das Datum des Inkrafttretens dieser Änderung.

### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 21 Ja Stimmen bei 16 Enthaltungen die Anträge.

---

SRB: 2020-416 | Registratur-Nr. 1.10.1020.10

## **Reglement Spezialfinanzierung Klimaforce**

### **Verhandlung**

Stadratspräsident von Arb Peter stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass die Localnet AG für die Erreichung der Klimaziele der Stadt Burgdorf eine sehr wichtige Partnerin ist. Einerseits aufgrund des guten Geschäftsgangs, andererseits aufgrund seines Bekenntnisses zu einer nachhaltigen Entwicklung hat der Verwaltungsrat der Localnet AG beschlossen, die Anstrengungen der Stadt Burgdorf im Klimabereich während fünf Jahren mit jährlich Fr. 100'000.-- zu unterstützen. Diese freiwillige Leistung ist zweckgebunden und es braucht deshalb dafür eine Spezialfinanzierung und ein Reglement. Die Localnet AG knüpft an diesen Beitrag keine Bedingungen. Die Spezialfinanzierung Klimaforce bezweckt die Entwicklung, Förderung oder Umsetzung von Massnahmen zur Erreichung der Klimaziele der Stadt Burgdorf, soweit diese durch Dritte erbracht oder nicht über das ordentliche Budget finanziert werden können. Mit dieser Zweckbestimmung wird bewusst ein breiter Anwendungsbereich definiert. Es soll nicht nur die Umsetzung von Massnahmen unterstützt werden können, sondern auch ihre Entwicklung und Förderung. Ein genügender Spielraum ist wichtig, weil heute noch nicht bestimmt werden kann, welche Massnahmen unterstützungswürdig sind. Die strategischen Grundlagen für die Klimavision 2030 sind noch in der Endbereinigung. Darauf wird später noch eingegangen. Andererseits ist mit dem Reglement sicher zu stellen, dass die zur Verfügung gestellten Mittel nicht einfach die Stadtkasse entlasten. Die Mittel sollen dazu beitragen, dass die Stadt Burgdorf zusätzliche Massnahmen unterstützen kann, die über das Budget nicht finanziert werden können. Die EVP hat einen Änderungsantrag eingereicht. Wie vorhin ausgeführt, soll die Spezialfinanzierung auch die Entwicklung und Förderung von Massnahmen ermöglichen und nicht nur die Umsetzung. Die Entwicklung oder Förderung wird noch nicht Co2 reduzieren, ist jedoch gleichwohl wichtig. Zudem gibt es Massnahmen im Rahmen der Klimavision 2030, welche nicht direkt Co2 reduzieren, zum Beispiel im Bereich Biodiversität oder im Bildungsbereich. Der GR bittet den SR, die Verwendung der Mittel nicht zusätzlich zu beengen, der Zweck ist klar definiert und muss bei jeder Entnahme berücksichtigt werden. Der GR lehnt deshalb den Änderungsantrag ab und beantragt dem SR, das Reglement Spezialfinanzierung Klimaforce wie vom GR formuliert zu genehmigen. Besten Dank.

Stadtrat Biedermann Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man den Anträgen zustimmen wird. Dem Antrag der EVP wird man eigentlich auch zustimmen. Die SP-Fraktion dankt allen Beteiligten, dass es ab sofort Mittel zur Erreichung der Klimaziele gibt. Die Gelder sollen schnell zur Verfügung stehen. Das vorliegende Reglement über die Spezialfinanzierung Klimaforce ist klar. Im Artikel 1 ist das Ziel und der Zweck verständlich umschrieben, auch wenn die einzelnen Massnahmen, die unterstützt werden sollen, noch nicht im Detail beschrieben sind. Dass jetzt noch ein gewisser Spielraum besteht, damit die Mittel flexibel eingesetzt werden können, ist zielführend.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, ist begeistert. Die Stadt Burgdorf will in 10 Jahren Klimaneutral sein. Die Localnet AG stellt der Stadt Burgdorf dafür Fr. 500'000.-- zur Verfügung. Das ist eigentlich grossartig. Fr. 500'000.-- tönt erstmals nach viel Geld. Die Summe ist allerdings zu relativieren. Mit Fr. 500'000.-- liessen sich beispielsweise 20 Ölheizungen in Einfamilienhäuser durch

Biomasseheizungen finanzieren, was grob über den Daumen gerechnet zu einer Reduktion von 7 Tonnen Co2 führen könnte. Damit will man nicht sagen, dass dies der Weg ist, den der GR gehen soll, sondern man hat einfach die Summe in eine greifbare Relation gesetzt. Zum jetzigen Zeitpunkt weiss man nicht, wie der GR gedenkt, die Summe von Fr. 500'000.-- einzusetzen. Da die Beiträge in die Ausgabenkompetenz des GR fallen, wird der SR nach Verabschiedung des Reglements auch kein Mitspracherecht mehr haben. Um dennoch bereits eine Richtung vorzugeben, hat die EVP einen Abänderungseintrag zum vorliegenden Reglement gestellt. Fördergelder im Bereich erneuerbare Energien werden häufig dazu eingesetzt, dass man eine Nichterhöhung von Co2 fördert und nicht unbedingt eine Reduktion. Häufig führt es dazu, dass eine Art Mehrenergie parat gestellt wird, anstatt Energie effektiv einzusparen. Manchmal werden sogar im Neubaubereich Sachen gefördert, die man eigentlich mittels Gesetz oder Auflagen regeln könnte und nicht unbedingt über Fördergelder. Damit auch effektiv Co2 reduziert wird, hat man den Antrag eingereicht. Weil die Zeit knapp ist, bis 2030 will Burgdorf Klimaneutral sein, und die Ressourcen knapp sind, muss man abwägen wie man die Ziele am besten erreicht. Mit dem Antrag will man kein Misstrauensvotum an den GR stellen, sondern lediglich das Recht zur Mitsprache wahrnehmen. Im Absatz 2 lässt der GR die Möglichkeit offen, Drittmittel zu generieren. Das ist eine unterstützenswerte Idee. Wenn man zum Beispiel Burgdorf und Nachhaltigkeitsbericht googelt, erscheinen viele Burgdorfer Firmen, die Nachhaltigkeitsberichte verfassen, die zum Beispiel im Ausland Bäume pflanzen. Wenn man als Stadt konkrete Projekte vorweisen kann, kann man sich vorstellen, dass es durchaus einheimische Unternehmen gibt, die einen Beitrag an die Spezialfinanzierung geben würden. Die EVP ist gespannt, wie der GR die Gelder einsetzen wird. Die EVP wird dem Reglement mit der eingebrachten Änderung zustimmen.

Abänderungsantrag EVP  
Artikel 3 Absatz 1a (neu)

Bei den Entnahmen berücksichtigt der Gemeinderat, dass durch die getätigten Investitionen der Co2-Ausstoss effektiv reduziert wird.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, was wäre, wenn die Localnet AG nicht wäre. In der Vorlage steht, dass ab 2025 die Abgaben neu definiert wurden. Es werden also weiterhin Konzessionsabgaben und Dividenden in die Stadtkasse fliessen. Allerdings wird es in Zukunft mehr nach der Erfolgsabhängigkeit ausfallen. Es ist nicht nur der FDP-Fraktion bewusst, dass die künftigen finanziellen Auswirkungen der Klimavision 2030 für die Stadtkasse noch völlig unklar sind. So steht es auch im Bericht. Der Verwaltungsrat der Localnet AG hat freiwillig fünfmal Fr. 100'000.-- für den Bereich Klimaschutz gutgeheissen. Jetzt sind die Abgaben an die Stadt Burgdorf bis 2030 wohl ausgereizt. Es kann künftig nicht sein, dass die Localnet AG die Kosten der Klimavision alleine tragen muss. Die Reingewinne der Localnet AG entstehen durch Bezüge von Firmen und privaten Haushalte. Es stellt sich deshalb die Frage, wieviel Gewinn sich vertreten lässt. Eigentlich werden dem Konsumenten zu viel Gebühren verlangt. Der eigentliche Goldesel der Localnet AG ist nach wie vor das Gasgeschäft. Es ist deshalb spannend zu verfolgen, wie der Spagat zwischen voller Kasse und dem Verbot von Gasheizungen vollzogen werden soll. Die FDP-Fraktion erwartet schlicht und einfach vom GR, dass er der Bevölkerung von Burgdorf ehrlich und transparent erklärt, was die Klimaziele 2030 tatsächlich Jedermann und Jederfrau kosten wird. Die FDP-Fraktion hat für diese Form einer Spezialfinanzierung keine Einwände und unterstützt die Anträge des GR.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass die Anträge unterstützt werden, was nicht erstaunlich ist. Die GLP-Fraktion findet es gut, dass nicht nur die Umsetzung von Massnahmen, sondern auch die Entwicklung und Förderung von Massnahmen unterstützt wird. Man kann dadurch auch neue Wege ausprobieren. Wie es Stadträtin Bossard-Jenni Tabea vorgerechnet hat, mit dem Betrag kann man nicht die ganze Stadt Burgdorf sanieren, aber trotzdem multiplizieren und einen



Mehrwert schaffen. Aus diesen Gründen wird man auch gegen den Ergänzungsantrag stimmen. Einerseits wird dem GR vertraut, dass er eine gerechte Verwendung der Mittel findet, und auch den Fokus darauf legt Co2 einzusparen. Andererseits will man den vorgesehenen Spielraum nicht einschränken. Wenn gefordert wird unmittelbar Co2 einzusparen, kann das die Entwicklung und Förderung von anderen zweckmässigen Massnahmen ausschliessen. Die GLP-Fraktion unterstützt die Anträge des GR und dankt dem GR und der Localnet AG für das Ausprobieren von neuen Wegen.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man in die exakt gleiche Kerbe hauen wollte wie der Vorredner. Man sieht es auch etwas breiter und man will es nicht nur auf Co2 eingeschränkt wissen. Stichworte sind dabei Biodiversität und Fussgänger- und Velomodellstadt. Die Grünen-Fraktion wird die Anträge des GR unterstützen und den Abänderungsantrag ablehnen.

Stadträtin Lühti-Kohler Barbara, namens der SVP- und EDU-Fraktion, teilt mit, dass man die Anträge des GR unterstützt. Der Abänderungsantrag der EVP wurde mit Scheuklappen geschrieben. Man hätte ihn wohl auch so geschrieben, wenn man im Solarbereich tätig wäre. Klimaforce heisst reduzieren, verbessern, eliminieren und steigern. Die Senkung von Co2 ist durchaus ein Teil davon, aber nicht nur. Es sollen auch Anstrengungen im Bereich Bildung, Entwicklung und Biodiversität gefördert und unterstützt werden. Es braucht von der Stadt Burgdorf Angebote in diesem Bereich für die Bevölkerung. Mit dem Antrag der EVP ist es nicht möglich, weil er verlangt, dass das Geld nur für die direkte Senkung von Co2 eingesetzt werden darf. Das entspricht aber nicht dem Gesamtziel der Klimaforce. Der Antrag schränkt die Klimaforce zu fest ein und gute Sachen die indirekt zum Ziel führen, könnten so nicht unterstützt werden. Der SR wird deshalb gebeten, den Abänderungsantrag abzulehnen.

Gemeinderat Bucher Theophil informiert, dass die Formulierung des Abänderungsantrags ein Konflikt verursacht und dem ersten Teil im Artikel 1 des Reglements widerspricht. Wenn dort steht, dass die Klimaforce die Entwicklung, Förderung oder Umsetzung von Massnahmen bezweckt, kann es nicht in einem Artikel 1a ausgehebelt werden. Das müsste man ansonsten bereinigen.

Stadtratspräsident von Arb Peter informiert über das weitere Vorgehen. Zuerst wird über den Abänderungsantrag der EVP und danach über das Reglement abgestimmt. Am Schluss erfolgt die Abstimmung über die Anträge in der Stadtratsvorlage.

#### **Abstimmung**

Abänderungsantrag EVP

Artikel 3 Absatz 1a (neu)

Bei den Entnahmen berücksichtigt der Gemeinderat, dass durch die getätigten Investitionen der Co2-Ausstoss effektiv reduziert wird.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat lehnt mit 8 Ja und 27 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen den Abänderungsantrag ab.

#### **Abstimmung**

Reglement über die Spezialfinanzierung Klimaforce (SF Klimaf)

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 37 Ja Stimmen das Reglement.

### **Abstimmung**

1. Der Stadtrat bewilligt die Spezialfinanzierung Klimaforce.
2. Er genehmigt das Reglement Spezialfinanzierung Klimaforce.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 37 Ja Stimmen die Anträge.

---

SRB: 2020-417 | Registratur-Nr. 1.14

### **Spezialfinanzierung Kulturförderung**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsident von Arb Peter stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass man innerhalb der Legislatur das Ziel hatte, die Kulturförderung zu überprüfen und neu zu organisieren. Dies hat die Kulturkommission in verschiedenen Schritten gemacht. Man kam zum Schluss, dass eine Schärfung der Förderbeiträge vorgenommen werden muss. Diese Schärfung betrifft die Vergabe der wiederkehrenden Mittel und der freien Projektmittel. Die wiederkehrenden Mittel bekommt zum Beispiel der Orchesterverein oder die Harmoniemusik. Diese produzieren unter professioneller Leitung mit Amateuren Kultur oder Personen, die Kultur organisieren, also ein Konzert, ein Festival oder Theater organisieren. Diese können auf Gesuch hin einen Förderbeitrag erhalten. Die wiederkehrenden Beiträge sollen in Zukunft in einem kleineren Umfang anfallen. Die Idee der Spezialfinanzierung ist, dass ein Topf geschaffen wird, bei dem man Mittel für Kultur besser und projektorientiert einsetzen kann. Wie zum Beispiel das bereits erwähnte Projekt im Casino von Schertenlaib und Jegerlehner mit einem Bier Zuhause anzuschauen. Die Projekte sind unterschiedlich gross. Mit der jetzigen Vergabe war man in einem ziemlich engen Korsett. Man konnte zum Teil Projekte nicht mehr fördern, weil die Fördermittel von rund Fr. 100'000.-- ausgeschöpft sind. Die Spezialfinanzierung Kultur hat zum Ziel, dass man mit den Mitteln Kulturprojekte fördern kann. Dieses Vorgehen gibt uns die Möglichkeit, wenn in einem Jahr die Mittel nicht ausgeschöpft werden, diese in einem anderen Jahr bei einem grösseren Projekt oder einem zusätzlichen Projekt zu verwenden und einzusetzen. Die Spezialfinanzierung soll per 1. Januar 2022 starten. Der Zeitpunkt ist mit dem Systemwechsel verbunden und soll mit den Fr. 100'000.-- geöffnet werden. Der Betrag von Fr. 100'000.-- ist bereits jetzt für projektbezogene Veranstaltungen budgetiert. Dazu kommt die Differenz der wiederkehrenden Mittel, die wegfallen, weil es weniger Veranstaltungen gibt. Diese Mittel können flexibel gebraucht werden. Die Mittel die nicht gebraucht werden, wie bei der jetzigen Situation, können an anderen Anlässen verteilt werden. Die Spezialfinanzierung gibt eine Flexibilität, auch auf die Anzahl Anlässe und die Höhe der einzelnen Projekte. Die Mittel, die nicht verwendet werden, verfallen auch nicht, sondern können in den nächsten Jahren eingesetzt werden. Der SR wird gebeten, auch im Namen der Kultur, der Spezialfinanzierung Kulturförderung zuzustimmen. Man hofft, bald wieder in der Kulturhalle oder im Casino live vor Ort Kultur erleben zu können und dazu ein Burgdorfer Bier zu trinken.

Stadtrat Aebi Roger, namens der BDP-Fraktion, begrüsst die Unterstützung der Burgdorfer Kultur sehr. Aus Sicht der Finanzierung erscheint die vorgeschlagene Spezialfinanzierung aber nicht nötig. Die Spezialfinanzierung und Vorfinanzierung sind traditionelle Eigenheiten des öffentlichen Haushaltes. Mit der Spezialfinanzierung wird normalerweise eine zweckgebundene Reserve geschaffen um die finanzielle Belastung eines grossen Vorhabens auf mehrere Jahre zu verteilen. Es braucht nicht jedes kleine Vorhaben eine Spezialfinanzierung. Ursprünglich sind Spezialfinanzierungen bei Infrastrukturen für Wasser und Abwasser eingeführt worden, um die Instandhaltung und Erneuerung sicher zu stellen. Diese Bauwerke benötigen einen hohen Kapitalbedarf und müssen auch zuverlässig funktionieren. Die Finanzverwaltung beklagt bei jeder Budgetdebatte, dass der Handlungsspielraum durch die Kantonsabgaben stark eingeschränkt ist. Jede Spezialfinanzierung schränkt den Handlungsspielraum weiter ein und verhindert auch einen Schuldenabbau. Weiter führt die Spezialfinanzierung Kulturförderung dazu, dass das gebundene Geld nur für Kultur eingesetzt werden kann, obwohl das Geld vielleicht an einem anderen Ort dringlicher nötig wäre. Die gesamten Kulturausgaben 2022 betragen Fr 785'000.-- gemäss Liste. Davon werden einzig Fr. 170'000.-- in die Spezialfinanzierung eingelegt. Der Rest von Fr. 615'000.-- wird weiterhin über die Erfolgsrechnung verbucht. In Anbetracht der geringen Höhe der Spezialfinanzierung stellt sich die Frage, ob der Betrag nicht weiterhin unkompliziert direkt der Erfolgsrechnung belastet werden kann. Selbst eine Abweichung vom Budget wäre unwesentlich, wenn ein Projekt einmal nicht durchgeführt werden kann. Aus diesen Gründen kann die BDP-Fraktion den Anträgen nicht folgen. Wie bereits erwähnt, richtet sich dies nicht gegen die Kulturförderung.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass der Antrag des GR unterstützt und zugestimmt wird. Das Reglement bietet zusätzlichen Handlungsspielraum für die Kulturkommission. Das wird unterstützt. Zusätzlicher Handlungsspielraum heisst aber auch zusätzliche Verantwortung, die man übernimmt. In diesem Sinn wird appelliert, dass man auch weiterhin so transparent damit umgeht mit den Ausgaben. So wie es bisher gefordert wurde. Die Höhe der Förderbeiträge erachtet die GLP-Fraktion als angemessen und korrekt. In der Übersicht, wer alles Unterstützung erhält, wäre es auch interessant zu wissen, wer keine Unterstützung erhält.

Stadtrat Hauser Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sich relativ lange mit diesem Geschäft auseinandergesetzt hat. Es gab verschiedene Meinungen, vor allem weil Unterschiede gemacht wurden zwischen Kulturanbieter. Es gibt Kulturanbieter und Veranstalter, die einen Leistungsauftrag haben. Es gibt auch solche, die selber Kultur anbieten und professionelle Leitungen haben, die angewiesen sind auf die Sicherheit. Schliesslich gibt es Veranstalter, die jedes Jahr ein Programm machen, einmal halt grösser und ein anderes Mal in kleinerem Rahmen. Dadurch könnte das Budget auch flexibler eingegeben werden. Deshalb wäre es eigentlich eine sinnvolle Sache. Die Anträge müssen von der Kulturkommission jedes Jahr überprüft werden. Die SP-Fraktion ist für die Spezialfinanzierung. Gerade in der jetzigen Situation, wo viele Kulturanlässe verschoben oder abgesagt werden müssen, ist es eine Lösung, dass das Geld im nächsten Jahr eingesetzt werden kann. Die Art der Finanzierung wird unterstützt. Die Mittel für die Kultur sollen gesichert sein. Als ehemaliger Kulturveranstalter beim Bahnhoftreff Steinhof hat Stadtrat Hauser Peter das Gefühl, dass die Kulturkommission ein gutes Reglement geschaffen hat, das es viel einfacher macht. Die SP-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich die Spezialfinanzierung Kulturförderung.

Stadtrat Geiser Urs teilt mit, dass ihm zugetragen wurde, dass die grundsätzliche Neuregelung bei den Kulturförderbeiträgen, also die Unterteilung in Kulturvereine und Kulturveranstalter, nicht überall auf Verständnis gestossen ist. Im Fall der Krimitage sogar auf grosses Unverständnis. Dieses hat der Krimitag-Vorstand in einem ausführlichen Schreiben an die Kulturkommission ausgedrückt. Eines der

Hauptargumente ist, dass mit dem Wegfall des wiederkehrenden Beitrages die Planungssicherheit verloren gehe und diese sei aus diesen und jenen Gründen für den Verein absolut essenziell. Stadtrat Geiser Urs kann die Stichhaltigkeit der Argumentation nicht a fonds beurteilen und weiss andererseits auch nicht, welches die Erwägungen des Kulturkommission waren. Aber die aufgeworfenen Fragen verdienen zweifellos Antworten und verweisen auf Diskussionsbedarf. Genau da, beim Dialog, scheint es eben gehapert zu haben. Es gab zwar eine Art Anhörung im Rahmen einer Sitzung, zeitlich jedoch eher knapp. Man sei, heisst es von Krimitage-Seite, de facto vor vollendet Tatsachen gestellt worden. Es ist gut, wenn man Gestaltungswillen an den Tag legt, Althergebrachtes hinterfragt, Neues wagt und mögliche Ungerechtigkeiten oder Ungleichgewichte beseitigen will. Man darf dabei aber nicht vergessen, wie viel freiwilliges Engagement und Herzblut hinter der lokalen Kultur steckt. Es kann rasch einmal Unmut auslösen, wenn Betroffene das Gefühl haben, sie würden nicht wertgeschätzt. Stadtrat Geiser Urs schätzt sehr, was in den letzten Jahren kulturpolitisch gegangen ist. Er ist übrigens mit der Kulturbeauftragten genauso befreundet wie mit den Leuten von den Krimitagen. Aus dieser netten Sandwichposition heraus, appelliert Stadtrat Geiser Urs hier und heute an den GR und die Kulturkommission, das nachzuholen, was offenbar verpasst wurde, nämlich ein eingehender, offener und ergebnisoffener Dialog zur aufgeworfenen Kritik. Mag sein, dass das neue Modell sich von A bis Z bewährt. Stand heute kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass die eine oder andere Korrektur wirklich nötig sein könnte. Dem Bericht zu der Vorlage, über die der SR heute befindet, ist ja auch zu entnehmen, dass man sich durchaus bewusst ist, was die Stadt Burgdorf an den Krimitagen hat. Unsere gemeinsame Sache ist eine lebendige, vielfältige Burgdorfer Kulturlandschaft. In dieser Angelegenheit noch einmal miteinander an den Tisch zu sitzen, kann wirklich nur nützen. Stadtrat Geiser Urs wird auch weiterhin interessiert verfolgen, was sich tut, und es hat ja im SR auch sonst genug kulturaffine beziehungsweise -engagierte Leute.

### **Abstimmung**

1. Der Stadtrat bewilligt die Spezialfinanzierung Kultur.
2. Der Stadtrat genehmigt das Reglement Spezialfinanzierung Kultur.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 33 Ja und 4 Nein Stimmen die Anträge.

---

SRB: 2020-418 | Registratur-Nr. 2.23.2320

### **Orientierung GR; Klima Vision 30**

#### **Verhandlung**

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass vor genau einem Jahr der SR von Burgdorf den Klimanotstand beschlossen hat. Seither ist in der Verwaltung und beim GR einiges geschehen, auch wenn vieles davon von aussen nicht sichtbar ist. Heute wird die Klimastrategie vorgestellt, die der GR in einer ersten Lesung am 2. Juni 2020 und in einer zweiten Lesung am 23. November 2020 auf den Weg geschickt hat. 1992 anerkannte die Weltgemeinschaft am Weltgipfel von Rio den Klimawandel als eines der wichtigsten Handlungsfelder einer nachhaltigen Entwicklung. Bei vielen Menschen war das Thema Klimawandel damals noch wenig präsent. Die Wissenschaft forschte jedoch bereits seit den 50er Jahren und war schon damals alarmiert. 1990 hatte das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) den ersten Klimabericht erstellt, der eine wichtige Grundlage für die

Klimarahmenkonvention von 1992 war. Seit 1999 bis 2015 hat das IPCC in vier weiteren Sachstandberichten jeweils den aktuellen Wissensstand dargelegt. Diese Berichte gelten als Konsensposition innerhalb der weltweiten Klima-Fachwelt. Kein ernsthafter Wissenschaftler bestreitet heute den Handlungsbedarf. Der sechste Sachstandbericht ist in Vorbereitung und wird 2021/2022 erscheinen. 1997 einigte sich die Weltgemeinschaft in Kyoto erstmals auf eine verbindliche Reduktion der Treibhausgase. Die Schweiz verpflichtete sich zu einer Reduktion von 8 Prozent bis 2012, im darauffolgenden Kyoto II Vertrag zu einer Reduktion von 20 Prozent bis 2020. In Kyoto waren im Wesentlichen die Industriestaaten an den Reduktionsbemühungen beteiligt. In Paris gelang 2015 schliesslich ein viel umfassenderer Vertrag, der praktisch alle Staaten der Welt einschliesst. Dort wurde das 1.5°-Ziel und eine klimaneutrale Weltwirtschaft bis 2050, das heisst der Übergang ins postfossile Zeitalter, beschlossen. Alle Staaten der Welt zuzüglich die EU haben den Vertrag unterschrieben, lediglich acht Staaten haben den Vertrag noch nicht ratifiziert. Man darf davon ausgehen, dass die USA, der gewichtigste Staat der noch abseits steht, die Ratifikation unter dem neuen Präsidenten umgehend einleiten wird. Wo steht die Welt 2020? Der Blick auf die Weltkarte gibt ein sehr durchzogenes Bild. Von kritischen Staaten bis zu wenigen Staaten, welche auf 2°-Kurs oder auf 1°-Kurs sind. Die Klassenbesten sind ausschliesslich Staaten der Dritten Welt. Auf dem aktuellen Klimagipfel, der in Glasgow hätte stattfinden sollen und virtuell durchgeführt wurde, hat letzte Woche UNO-Generalsekretär Gutierrez Antonio fünf Jahre nach dem Accord de Paris alle Staaten der Welt aufgerufen, den Klimanotfall zu erklären. Er warnte vor einem katastrophalen Temperaturanstieg noch in diesem Jahrhundert. Wenn die Weltgemeinschaft nicht umsteuert, gehen wir auf einen katastrophalen Temperaturanstieg von 3° C zu. Wir erinnern uns, plus 3° C weltweit bedeuten plus 6° C für die Schweiz. Weltweit haben bis heute 38 Staaten den Klimanotstand ausgerufen. Wo steht die Schweiz? Die Schweiz hat ihr Kyoto I-Ziel dank Zukauf von Zertifikaten erreicht. Der Gebäudesektor hat sich seit 1990 sehr gut entwickelt. Im Verkehrsbereich wurde das Ziel jedoch bei weitem verfehlt. Und die Schweiz wird ihr Kyoto II-Ziel 2020 voraussichtlich nicht erreichen. 2018 lag die Schweiz bei -14 Prozent, das Ziel 2020 wäre -20 Prozent. Nach wie vor liegt die Schweiz vor allem im Verkehrsbereich weit hinter den Zielen zurück. Die Emissionen haben von 1990 bis 2018 um 3 Prozent zugenommen. Das Ziel 2020 liegt jedoch bei -10 Prozent. Im September dieses Jahres wurde das Co<sup>2</sup>-Gesetz vom nationalen Parlament verabschiedet und falls das Referendum zustande kommt, wird das Volk im nächsten Jahr über das Gesetz entscheiden. Von der Klimaforce zur KlimaVision30 in Burgdorf. Im Mai 2019 hat der GR die Weisung Klimaforce der Stadt Burgdorf in Kraft gesetzt. Dies war der Anstoss zu einem Wertewandel in der Verwaltung und Politik der Stadt Burgdorf. Darauf wurden die strategischen Handlungsfelder und möglichen Massnahmen identifiziert. Dies in internen Workshops, anhand von Rückmeldungen und Anregungen aus der Bevölkerung, in Gesprächen mit der Klimajugend und in Expertengesprächen. Vor einem Jahr hat die Stadt Burgdorf den Klimanotstand ausgerufen. Darauf wurden die strategischen Ziele im Bereich Klimaschutz und Biodiversität festgelegt und die Klimastrategie KlimaVision30 erarbeitet. Im Rahmen des Energiestadt-Audits 2020 wurden die Ziele und Massnahmen kritisch überprüft und geschärft und parallel wurden mögliche Massnahmen erarbeitet sowie in den Bereichen Biodiversität und Klimaschutz auch bereits umgesetzt. Solche Massnahmen sind zum Beispiel Hummelvölker als Klimabotschafter seit 2019 an wechselnden Orten in der Stadt Burgdorf, die schrittweise Überführung von Rasenflächen in Naturwiesen seit 2019, die Beschaffung von E-Fahrzeugen in der Stadtverwaltung sowie das neue Kehrrichtfahrzeug gemäss Entscheid des SR. Weitere Erfolge in diesem Zusammenhang sind das Energiestadtaudit, das Burgdorf im November 2020 zum vierten Mal in Folge erfolgreich bestanden hat. Als Pilotgemeinde hat man auch das Klimakapitel zertifiziert und gemäss Rückmeldung des Auditors, ist Burgdorf gut unterwegs auf dem Kurs zum Ziel Goldlabel. Ebenfalls im November 2020 hat Burgdorf beim Minergie-Rating des Kantons Bern den 3. Rang erreicht. Ein ganz besonderes Projekt wurde im September im Fischermätteli ausgezeichnet. Dort realisiert die Strüby AG eine der grössten Minergie-A-Eco-Siedlungen der Schweiz und beweist damit, dass schon heute Wohnen in einer Netto-Null-Siedlung möglich ist. Die Siedlung

wurde als 1'000. Minergie-A-Baute der Schweiz ausgezeichnet. Was sind die Ziele der KlimaVision30? Die Kernforderung des vom SR am 9. Dezember 2019 beschlossenen Klimanotstand ist das Erreichen der Co2-Neutralität durch die Stadt Burgdorf bis 2030. Die Verwaltung der Stadt Burgdorf ist bis 2030 zu 100 Prozent Co2-neutral. Die Stadt Burgdorf schafft für Private und Betriebe die Rahmenbedingungen, dass sie ebenfalls Co2-Neutralität erreichen können. Die Stadt Burgdorf verfügt bis Ende 2022 über die strategischen Grundlagen in den Bereichen Klimaschutz und Biodiversität, um die vorgenannten Ziele zu erreichen mit Leitbilder, Richtpläne, Konzepte, Reporting- und Controlling-Instrumente. Die KlimaVision30 ist die übergeordnete Strategie des GR. Sie beinhaltet übergeordnet alle Themen bezüglich Klimaschutz und Biodiversität. Klimaforce, Energierichtplan, Energiestadt und Mobilitätsstrategie sind Teil der KlimaVision30. Die Legislaturplanung 2021-2024 wird anfangs 2021 auf die KlimaVision30 ausgerichtet und mit diesem Schritt wird diese vom GR definitiv bereinigt und verabschiedet. Die KlimaVision30 hat einige Ziele. Das Erreichen der Co2-Neutralität in der Verwaltung der Stadt Burgdorf bis 2030. Das betrifft die Verwaltung und die städtischen Gebäude und Betriebe. Verzicht auf Heizöl bei städtischen Gebäuden bis 2030. Reduktion des Gasverbrauchs um 20 Prozent bis 2030. Bearbeitung von Gas zu 100 Prozent aus erneuerbaren Rohstoffen bis 2030. Priorität auf Erreichen der Co2-Neutralität bei Sanierungen. Erzeugung der Elektrizität zu 100 Prozent aus erneuerbaren Rohstoffen, was bereits erfüllt wird. Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs um 20 Prozent bis 2030. Ausbau der Gewinnung von Solarstrom auf 30 Prozent bis 2030. Realisierung des Bushofes und Steigerung der Nutzung des ÖVs um 30 Prozent. Steigerung des Veloanteils am Modalsplit auf 30 Prozent bis 2030. Eliminierung der Netz Widerstände für den Langsamverkehr um 30 Prozent von 2020 bis 2030. Reduktion von Elterntaxis und Schulbus um 30 Prozent pro Jahr bis 2030. Schaffung von Tempo 30 auf 30 Prozent der Kantonsstrassen bis 2030. Die Strassen sind Eigentum des Kantons, Burgdorf soll sich aktiv einbringen beim Kanton, primär im Bereich der Schulanlagen und bei wichtigen Querungen des Schulverkehrs. Senkung des Co2-Ausstosses des privaten Gebäudeparks um 30 Prozent bis 2030. Erreichen eines Anteils von 30 Prozent Plus-Energie-Arealen bei neuen Entwicklungsarealen für Wohn- und Dienstleistungsnutzungen bis 2030. Förderung von Neubauten und Umbauten in Holzbauweise und als Zirkuläre Hybride im Umfang von 30 Prozent bis 2030. Anteil von 30 Prozent nicht versiegelter Flächen bei neu erstellten Freiflächen bis 2030. Dekarbonisierung der gesamten städtischen Fahrzeugflotte bis 2030. Reduktion von Food Waste um 30 Prozent bis 2030. Reduktion der Abfallmenge um 30 Prozent bis 2030. Steigerung der Flächen mit Kleinstrukturen um 30 Prozent bis 2030. Steigerung der Ökoflächen um 30 Prozent bis 2030. Reduktion der Zahl der Neophyten um 30 Prozent bis 2030. Steigerung der artenreichen Flächen, der Artenvielfalt auf öffentlichen Flächen und Anlagen um 30 Prozent bis 2050. Schülerinnen und Schüler sind sich der Zusammenhänge von Mensch und Umwelt bewusst, erkennen den Klimawandel als Tatsache und individuelle und gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten sind ihnen bekannt. Ein verantwortungsvoller Umgang mit der Natur ist geübt und sie erfahren, dass Natur und Umwelt vom Menschen genutzt, gestaltet und verändert werden kann. Was wird die Klimaforce und die Klimastrategie kosten? Es liegt in der Natur dieser Thematik, dass wir dies heute nicht exakt beziffern können. Das gilt nicht nur für Burgdorf, sondern auch schweiz- und weltweit. Die Massnahmen zum Klimaschutz werden etwas kosten. Gleichzeitig ist auch klar erhärtet, wissenschaftlich belegt und in verschiedenen Publikationen des BAFU eindeutig nachzulesen, dass Massnahmen zu späteren Anpassungen, Adaptation, an die negativen Folgen des Klimawandels ein Mehrfaches davon kosten werden, was für Massnahmen zur Prävention, Mitigation, aufgewendet werden muss. Frühzeitiges proaktives Handeln, um negative Folgen abzuwenden oder abzumildern ist viel günstiger als die spätere Bewältigung von Krisensituationen und Katastrophen. Gemeinderat Bucher Theophil gibt den kritischen Stimmen, welche sich um Kosten und Schulden Sorgen machen grundsätzlich Recht. Der Verzicht auf nötige Massnahmen und die Verschiebung der Bewältigung auf spätere Generationen ist aber auch eine Schuld, die wir der künftigen Generation überbürden.

---

SRB: 2020-419 | Registratur-Nr. 1.10.1000.50

## **Orientierung GPK; Verwaltungskontrolle**

### **Verhandlung**

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK basierend auf diverse Reglemente im Auftrag des SR verschiedene Aufgaben wahrnimmt. Eine dieser Aufgaben ist die Oberaufsicht über die Verwaltung gemäss Artikel 18 des Kommissionsreglements. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, führt die GPK unter anderem eine jährliche Kontrolle in der Verwaltung durch. Diese Verwaltungskontrolle kann als Audit verstanden werden und ist eine Momentaufnahme basierend auf Aussagen der befragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie eigener Beobachtungen. Die GPK behandelt diese Aussagen vorurteilslos und unpolitisch. Aus den Aussagen und Beobachtungen leitet die GPK Erkenntnisse ab und formuliert zuhanden des GR einen Bericht mit möglichem Handlungsbedarf. Die GPK erteilt dabei keine Aufträge, sondern versteht sich als Hinweisgeber für Korrekturen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass der GR im Nachgang einer Verwaltungskontrolle auf kritische Äusserungen in einer gemeinsamen Sitzung mit der GPK reagieren und sich dazu äussern kann. Damit kann sichergestellt werden, dass der GR auf mögliche Fehlinterpretationen seitens der GPK reagieren kann. Die Einsichtnahme des Berichtes wird nur den Mitgliedern der GPK, dem GR sowie dem zuständigen leitenden Mitarbeiter in der Verwaltung, in diesem Fall Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, gewährt. Die Verwaltung und der GR entscheiden anschliessend selber, wie sie mit dem Inhalt respektive dem darin formulierten Handlungsbedarf umgehen und diesen anderen Stellen zugänglich machen wollen. Für eine optimale Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und der GPK ist diese Vertraulichkeit notwendig, damit die Interviewpartner sehr offen und transparent kommunizieren können. Am 20. August 2020 wurde die Verwaltungskontrolle in der Finanzdirektion durchgeführt. Kern der Erhebungen bildeten sechs Interviews mit Mitarbeitenden der Verwaltung auf allen Ebenen, welche von Zweier- respektive Dreier-Teams der GPK durchgeführt wurden. Die GPK dankt an dieser Stelle allen befragten Mitarbeitenden für die konstruktive Zusammenarbeit und die offene Information. Die Resultate, der im Übrigen auch hier komplett neu aufgebauten Erhebungen, wurden am gleichen Tag in den einzelnen Interviewteams respektive im Plenum der GPK zusammengetragen, im Verwaltungskontrollbericht zusammengeführt und mit Handlungsempfehlungen ergänzt. An der ordentlichen GPK-Sitzung vom 15. Oktober 2020 wurde die finale Version des Verwaltungskontrollberichtes verabschiedet und anschliessend den verantwortlichen Personen zugestellt. Die Vorbesprechung des Berichtes fand Corona bedingt nicht physisch statt. Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice, Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, sowie Stadtrat Aeschbacher Yves, Sekretärin Gerber Claudia und Präsident Gerber Thomas seitens der GPK haben den Bericht kurz telefonisch besprochen. Diese telefonische Vorbesprechung bildete zusammen mit dem Verwaltungskontrollbericht die Grundlage für die gemeinsame Sitzung der GPK mit dem GR vom 23. November 2020. Zusammenfassend darf gesagt werden, dass die Finanzdirektion grundsätzlich einen sehr guten Eindruck hinterlässt und in wenigen Bereichen Handlungsbedarf besteht. Unter anderem in der Regelung von Zuständigkeiten und Abläufen bei der IT-Strategie, in der Stellvertretungsregelung, in der Regelung von Prozessen und Definitionen von Verantwortlichkeiten, in der optimalen Nutzung von IT-Produkten und Redundanzen in der IT-Struktur, in der direktionsübergreifenden Zusammenarbeit sowie in der Aktualisierung der Datensammlung. Die GPK hat den äusserst positiven Eindruck, dass der GR und die Verwaltung den Handlungsbedarf erkannt haben und auch willens sind, Anpassungen vorzunehmen. Eine schriftliche Stellungnahme des GR betreffend der Umsetzung der Handlungsempfehlungen wird der GPK bis zum 31. Oktober 2021 vorgelegt. Die GPK dankt an dieser Stelle nochmals allen Beteiligten für die konstruktive Zusammenarbeit.

SRB: 2020-420 | Registratur-Nr. 1.10.1000.50

### **Orientierung GPK; Datenschutz**

#### **Verhandlung**

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass gemäss Artikel 33 Absatz 1 des kantonalen Datenschutzgesetzes (KDSG) jede Gemeinde im Kanton Bern eine Aufsichtsstelle für den Datenschutz bezeichnet. Diese steht unter der Oberaufsicht der kantonalen Datenschutzaufsichtsstelle. Die Stadt Burgdorf hat durch Artikel 18 Absatz 2 des Kommissionsreglements und Artikel 10 des Datenschutzreglements die GPK mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe beauftragt. Die GPK informiert dabei den SR jährlich über ihre Tätigkeit als Aufsichtsstelle für den Datenschutz. Dazu dient ein Bericht, der auf der Website der Stadt Burgdorf veröffentlicht wird. Für das Jahr 2020 wurde der Bericht anlässlich der ordentlichen GPK-Sitzung vom 26. November 2020 verabschiedet und aufgeschaltet. Auf eine detaillierte Erläuterung wird verzichtet, da keine Vorabkontrollen im IT-Bereich gemäss Artikel 17 KDSG durchgeführt wurden, keine aufsichtsrechtlichen Anzeigen von Bürgerinnen und Bürgern den Datenschutz betreffend eingegangen sind, keine Zustimmungsgesuche zur Videoüberwachung behandelt wurden und keine Gesuche um Entbindung vom Amtsgeheimnis eingegangen sind. Die wichtigsten Anfragen aus der Stadtverwaltung können im Bericht eingesehen werden. Zudem muss gemäss Artikel 18 KDSG jede Gemeinde im Kanton Bern ein öffentlich zugängliches Register der Datensammlungen führen, welches darüber Auskunft gibt, welche Sammlungen von Personendaten in der Stadtverwaltung vorhanden sind. Das Register ist ebenfalls auf der Website der Stadt Burgdorf öffentlich zugänglich. Anlässlich der Verwaltungskontrolle durch die GPK bei der Finanzdirektion hat die GPK festgestellt, dass das Register nicht aktuell ist und deshalb überprüft und aktualisiert werden muss. Die GPK dankt der Verwaltung und der Finanzdirektion für ihre Arbeit.

---

SRB: 2020-421 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

### **Auftrag BDP-Fraktion betreffend "Das Essen zum Kind und nicht umgekehrt"**

#### **Verhandlung**

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Grimm Christoph dankt der BDP-Fraktion für den Auftrag. Die Stadt Burgdorf ist auf gutem Weg. Die Volksschulkommission (VSK) hat im März die Anweisung gegeben, den Auftrag zu erfüllen. Es ist auch für Gemeinderat Grimm Christoph ein persönlich grosses Anliegen, dass Kinder am Mittag nicht in die TAGI transportiert werden. Wie in der Stadtratsvorlage zu lesen ist, sind vom Transport mit dem Schulbus nur die Kindergartenkinder betroffen. Die anderen Kinder gehen selber oder werden mit dem Pedibus begleitet. Es soll mittelfristig möglich sein, dass an sämtlichen Primarschulstandorten eine Tagesschule eingerichtet werden kann. Das ist aber manchmal einfacher gesagt als umgesetzt. Für die Einrichtung einer TAGI braucht es die geeigneten Infrastrukturen. Deshalb geht man auch davon aus, dass man das innerhalb von zwei Jahren knapp erreichen kann. Man will eigentlich weitergehen. Man möchte das Modell der Ganztageschule prüfen. Dadurch erhalten alle Kinder die gleichen Lernchancen. Das dauert aber noch ein bisschen länger. Mit der Tagesschule ist nicht einfach von einem Mittagstisch die Rede. Für eine Tagesschule braucht es Fachpersonal in verschiedenen Bereichen. Der Auftrag hat Richtliniencharakter und deshalb gibt es dem GR einen gewissen Spielraum. Der GR empfiehlt dem SR den Auftrag anzunehmen.



Stadtrat Greisler Yves, namens der BDP-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die Ausarbeitung des Auftrages. Die BDP-Fraktion begrüsst die Annahme des Auftrages. In der Ausformulierung des Auftrages begrüsst man einerseits, dass in Zusammenhang mit der neuen Schulraumplanung die Problematik der Tagesschulen erkannt wurden und in der Planung berücksichtigt werden. Andererseits stört man sich, dass die Verpflegung der Schulkinder an ihrem Schulstandort unter dem Vorwand des mangelnden Platzes und zu wenig Zeit erneut verschoben wird. Es gibt pragmatische Übergangslösungen, die schnell und kostengünstig sowie unbürokratisch umgesetzt werden könnte. Ein Beispiel, statt dass sich eine Betreuerperson mit den Kindern zu Fuss auf den Weg zum Mittagstisch macht, könnte das Mittagessen der Kinder unter Aufsicht in den Schulräumen erfolgen. Die effektive Mittagszeit der Kinder wird durch den zweimaligen Weg beschnitten. In der aktuellen Situation und den vielen verschiedenen Quarantänesituationen in den verschiedenen Schulhäusern und Kindergärten erachtet man es als äusserst wichtig, dass eine Durchmischung möglichst vermieden werden kann. Die BDP-Fraktion wird den Anträgen des GR folgen und bittet zudem den GR und die Verwaltung nochmals zu prüfen, ob in der Zwischenzeit nicht eine kinderfreundliche Übergangslösung gefunden werden kann.

#### **Abstimmung**

Annahme

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 37 Ja Stimmen den Antrag.

---

SRB: 2020-422 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

#### **Dringliches Postulat Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend Stadtratsentschädigung**

#### **Verhandlung**

Das Postulat wurde zurückgezogen.

---

SRB: 2020-423 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

#### **Dringliche Interpellation SVP- und EDU-Fraktion betreffend „Finanzielle Hilfe für Burgdorfer Vereine“**

#### **Verhandlung**

Stadträtin Rohrbach Sabrina, namens der SVP- und EDU-Fraktion, dankt dem GR für die Antworten. Die SVP- und EDU-Fraktion ist mit den Antworten befriedigt.

#### **Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

---

SRB: 2020-424 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

**Interpellation SP-Fraktion betreffend Erreichbarkeit der Burgdorfer Notfallorganisationen bei einem Swisscom-Netzausfall**

**Verhandlung**

Stadträtin Marti Debra, namens der SP-Fraktion, dankt für die ausführliche Antwort und erklärt sich teilweise befriedigt, weil das Problem auch weiterhin besteht.

**Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

---

SRB: 2020-425 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

**Verschiedenes und Unvorhergesehenes**

**Verhandlung**

Es wird folgender parlamentarischer Vorstoss eingereicht:

- Interpellation EDU (SVP/EDU-Fraktion) betreffend Offenlegung von Kosten für Behandlung eines parlamentarischen Vorstosses

Stadtrat Aebi Roger, namens der BDP-Fraktion, verabschiedet die Stadträte Weber Werner und Aebersold Christian. Stadtrat Weber Werner war bereits von Juli 2010 bis Dezember 2016 im SR. Nach einer Pause von eineinhalb Jahren war er im Juni 2018 wieder zurückgekehrt. Von Januar 2009 bis Februar 2013 war er in der Bau- und Planungskommission tätig. Vom Juli 2015 bis Dezember 2016 war in der GPK Mitglied. Seit Februar 2013 bis Ende 2020 war er Präsident der Sozialkommission. Elf Jahre hat er in verschiedenen Funktionen die Entwicklung der Stadt Burgdorf mitbestimmt und so einen Beitrag zum Wohl der Stadt Burgdorf und seinen Bürger leisten können. Er ist das älteste Mitglied. Die meisten gehen mit 65 Jahren in Pension. Stadtrat Weber Werner ist mit 77 Jahren immer noch politisch aktiv und hat noch eine Reihe weitere Mandate. Die BDP-Fraktion dankt ihm für sein grosses politisches Engagement und wünscht ihm weiterhin alles Gute und vor allem gute Gesundheit. Stadtrat Aebersold Christian ist sein Juni 2019 im SR und wird jetzt eine Pause einlegen. Bei ihm ist die Chance gross, dass er im Verlauf der Legislatur nachrücken kann. Die BDP-Fraktion dankt ihm für sein politisches Engagement und wünscht ihm weiterhin alles Gute.

Stadtrat Wüthrich Urs, namens der EDU- und SVP-Fraktion, hat noch eine Wortmeldung zum gestrichenen Traktandum 13. Ein knappes Jahr ist er im SR tätig und hat den Ratsbetrieb kennenlernen können. Es war ein spezieller Einstieg mit Corona und einem Wahljahr. Das Postulat der Stadtratsentschädigung hat die EDU- und SVP-Fraktion veranlasst, eine Interpellation einzureichen, welche zum Ziel hat künftig die Kosten eines parlamentarischen Vorstosses abzuschätzen. Vorgängig hat man mit dem Ratssekretariat abgeklärt, ob bereits ein ähnlicher Vorstoss eingereicht wurde. Bekanntlich kommt dazu, dass es bei Vorstössen auch darum geht, ob formell alles in Ordnung ist. Wenn beim Postulat die Prüfung ebenfalls erfolgt wäre, hätte man es im Rat gar nicht erst eingereicht. Es ist klar, dass die mediale Aufmerksamkeit weggefallen wäre. Nach dem ersten Mandatsjahr hat Stadtrat Wüthrich Urs den Eindruck, dass gewisse Vorstösse einzig auf das Ziel der medialen Aufmerksamkeit abzielen. Beim dringlichen Postulat hätte man bereits Kosten und Ressourcen

einsparen können. Aus den verwaltungsökonomischen Gründen, dem grossen administrativen und zeitlichen Aufwand, und erst Recht bei einer allfälligen Reglementsänderung, hätte die EDU- und SVP-Fraktion das Postulat abgelehnt. Persönlich schliesst sich Wüthrich Urs aber dem Vorschlag des GR an, das Sitzungsgeld individuell an eine gemeinnützige Institution zu spenden.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass am Wahlsonntag eine 3er-Delegation pro Partei in der Markthalle zugelassen war. Angekündigt wurde das Wahlergebnis auf 17.00 Uhr. Die 3er-Delegation der SP hat sich vorgängig getroffen. Kurz nach 16.30 Uhr wurde man von einer gemeinsamen Kollegin per Whatsapp informiert, dass die Resultate bereits online sind. Die Stadt Burgdorf hat effektiv die Resultate bereits auf der Homepage publiziert ohne vorgängig die bisherigen Stadträtinnen und Stadträte oder die geforderte Delegation zu informieren. Dieses Vorgehen ist schade, vor allem auch, weil es in diesem Jahr sowieso etwas speziell war. Stadträtin Bannwart Gabriele verabschiedet Stadtrat Geiser Urs. Er ist seit dem 1. Januar 2013 Mitglied im SR. Mit dem Einzug in die Volksschulkommission hat er seine Vielseitigkeit gezeigt und bewiesen, wie offen er neuen Themen gegenübersteht. In der Volksschulkommission bleibt er noch bis im Sommer 2021. Vielen Dank für sein Engagement. Er wird immer in Erinnerung bleiben als kommunikationsfreudig und bodenständig, jener der eben noch die Anliegen aus der Bevölkerung aufnimmt und diese in die Fraktion trägt. Sein redaktionelles Geschick wird fehlen, dieser Wahlkampf war schon sehr unmusikalisch ohne ihn. Auch ein grosses Merci für seinen Einsatz und Ausdauer, ohne ihn wäre die Einreichung der Gemeindeinitiative "Für bezahlbares Wohnen in Burgdorf" nicht möglich gewesen. Die SP lässt ihn nur ungern Richtung Süden ziehen und hofft, dass er ab und zu den Weg in die alte Heimat Burgdorf noch findet. Im Weiteren verabschiedet Stadträtin Bannwart Gabriela Stadtrat Biedermann Peter. Heute geht eine Ära zu Ende. Seit dem 1. Januar 2006 ist er für die SP im Burgdorfer SR tätig. Also sagenhafte 14 Jahre und somit ist er aktuell noch das amtsälteste Ratsmitglied. Er hat sich schon immer engagiert. Zuerst in der Baukommission, wo ihm besonders das energieeffiziente Bauen am Herzen lag. Später hatte er Einsitz in der GPK genommen und auch dort durch sein Fachwissen überzeugt. Man kann sich nicht erinnern, ihn einmal aufgebracht oder unruhig erlebt zu haben. Stets hat er einen kühlen Kopf bewahrt und ist der Fraktion immer mit seinem enormen Wissen zur Seite gestanden. Dieses Fachwissen, aber insbesondere seine ruhige und besonnenen Art wird fehlen. Der SP bleibt er glücklicherweise in anderer Funktion erhalten, aber der Fraktion wird er sehr fehlen. Im Weiteren verabschiedet Stadträtin Bannwart Gabriela Stadtratspräsident von Arb Peter. Die SP-Fraktion dankt ihm für sein grosses Engagement. Er hat den SR souverän durch das politische Jahr geführt und bei allen nötigen Stichentscheiden immer einen kühlen Kopf bewahrt. Das Vertrauen und den Rückhalt der SP-Fraktion hatte er immer schon, nun hat ihm auch die Burgdorfer Stimmbevölkerung ihr Vertrauen ausgesprochen. Die SP-Fraktion dankt ihm für seinen Einsatz und wünscht ihm in seiner neuen Funktion als GR alles Gute. Die SP-Fraktion sichert ihm auch für die Zukunft ihren Rückhalt zu.

Stadtratspräsident Berger Stefan verabschiedet Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette. Sie war 14 Jahre im GR. Vor 14 Jahren hat man überlegt, wer als GR kandidieren soll. Zum Glück hat sich die SP für Wisler Albrecht Annette entschieden, so konnte Stadtratspräsident Berger Stefan noch Erfahrungen im SR und der GPK sammeln. Aufgrund der Amtszeitbeschränkung ist die Zeit von Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette abgeschlossen. Sie wird der SP sicher politisch erhalten bleiben. Die SP kann hoffentlich in Zukunft auf mehr Zeit von ihr zählen. In den 14 Jahren hat es auch Ärger gegeben. Stadtratspräsident Berger Stefan überreicht ihr als Dank ein Geschenk und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

Stadträtin Fankhauser Karin teilt mit, dass Stadtratspräsident von Arb Peter umsichtig, interessiert, geduldig, gelassen, tiptop vorbereitet oder kurz souverän durch die Stadtratssitzungen geführt hat. Er

war zu dieser Zeit zwar der höchste Burgdorfer, doch das hat er weder dem SR noch den Einwohnerinnen und Einwohnern zu spüren geben. Er hat sich nie in den Mittelpunkt gedrängt. Es ist ihm, im positiven Sinn, immer um das Geschäft gegangen. Gleichzeitig hat er grossen Wert auf das zwischenmenschliche gelegt. Wer ein offenes Ohr gesucht hat, hat es bei ihm gefunden. Seiner Art das Gremium zu leiten, ist es zu verdanken, dass wir unsere Meinungsverschiedenheiten jeweils auf eine gesittete Art und Weise austragen konnten. Er blickt auf ein Jahr zurück, bei dem für uns fast kein Stein auf dem anderen geblieben ist. Die Gewissheit von heute ist die Unsicherheit von Morgen. Verbindliches Planen wurde fast zum Ding der Unmöglichkeit. Rund um den Erdball tasten sich die Leute wie durch Nebel durch das Leben. In unserer kleinen Stadtratswelt hatten wir einen idealen Reiseführer. Man konnte sich jederzeit auf ihn verlassen. Dafür dankt ihm der SR von ganzem Herzen. Vor kurzem haben ihn die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Burgdorf in den GR gewählt und damit ihn aus dem SR wegbefördert. Auch wenn man das politische Heu nicht auf der gleichen Bühne hat, bedauert man seinen Abgang aus dem SR. Für den GR wird er eine wertvolle und inspirierende Bereicherung sein. Stadträtin Fankhauser Karin dankt Stadtratspräsident von Arb Peter vielmals und wünscht ihm alles Gute.

Stadtrat Niffenegger Simon, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass der wiedergewählte Stadtrat Kühni Simon im Januar 2021 nach Kirchberg umzieht und deshalb seine Demission aus dem SR per Ende Jahr eingereicht hat. Seine Nachfolgerin wird Kalbermatten Mirjam.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, verabschiedet Stadträtin Cottier-Rupp Franziska und dankt ihr für ihre geleistete Arbeit. Stadtrat Merz Adrian überreicht ihr ein Geschenk und wünscht ihr alles Gute. Die offizielle Verabschiedung erfolgt an der HV.

#### **Schlussworte Stadtratspräsident von Arb Peter**


Am 1. März 2020 haben wir uns das letzte Mal im Gemeindesaal im Kirchbühl treffen können. 100 Jahre und nur mit wenigen Unterbrüchen bei Renovationen, hab ich mir sagen lassen, hat es immer zuverlässig funktioniert. Im 101. Jahr kommt die grosse Veränderung. An der 100 Jahre Feier habe ich von einem Aufbruch in ein neues Jahrhundert gesprochen. Da habe ich aber nicht gemeint, Aufbruch an einen neuen Sitzungsort. Spass beiseite. Die vergangenen Monate, es wurde bereits gesagt, haben uns in der Politik, im Beruf, in der Familie, in der Freizeit und im Leben überall extrem gefordert. Beim erwähnten Aufbruch gibt es aber auch Chancen und Risiken. Oftmals lohnt es sich auch neues zu wagen. So soll ein Beispiel erwähnt werden. Trotz Covid-19 konnte unser Schloss für alle eröffnet werden. Die guten Impulse sind spürbar und ich bin überzeugt, nach der Bewältigung von dieser Krise wird die Stadt noch mehr aufblühen. Weiter hat man auch gelernt, dass das Zusammenleben wieder viel wichtiger geworden ist. Es hat wunderbare Beispiele gegeben im Lockdown wie die Nachbarschaften einander geholfen haben. Mein voller Terminkalender hatte plötzlich Lücken, sei es in der Berufswelt oder der Politik. Im Sommer hat man sich gefreut, als man mit Freunden ein Bier trinken gehen oder sie einfach treffen konnte. Man musste sich auf das Grundlegende konzentrieren, auch im Stadtrat. Als Beispiel sei die Mai-Sitzung erwähnt. Wir mussten die Traktandenliste ziemlich zurück stutzen. Ihr mögt euch sicher noch erinnern, wir durften nur dringliche und unaufschiebbare Geschäfte behandeln. Zum Glück konnten wir in der Juni-Sitzung die Geschäfte wieder aufholen und ihr erinnert euch sicher, wir haben 23 Traktanden behandelt. Es war an einem Abend sehr effizient und gut durchgegangen. Wir haben einen Weg gefunden, dass wir wieder auf Kurs gekommen sind. Auch haben wir uns mittlerweile an den Sitzungsort gewöhnt und ich denke, das wird auch im nächsten Jahr noch etwas weitergehen. Dieser Umstand, dass wir die Stadtratssitzung nicht mehr im Gemeindesaal durchführen konnten, wird sicher in den Geschichtsbüchern aufgenommen werden. So bin ich überzeugt, dass wir gemeinsam auch die aktuelle Krise meistern können. Jede Krise bietet auch Chancen und meistens kommt man gestärkt hervor, und ungeahntes wird plötzlich Realität. Damit wir

etwas erreichen können, müssen wir uns aufeinander zu bewegen. Und das im Sinn einer guten Weiterentwicklung unserer schönen Stadt. Ich denke, so geht der Aufbruch auch in die nächste Legislatur und geht auch dort weiter. Liebe Stadtratsmitglieder, ich danke euch ganz herzlich für die sehr gute Zusammenarbeit in einem wirklich herausfordernden Jahr. Ein besonderer Dank möchte ich Franca und Hippo fürs Stimmen zählen aussprechen. Ich kann euch sagen, es ist nicht ganz so einfach von hier vorne über die ganze Fläche. Sie haben es mit Bravour gemacht und es hat wunderbar geklappt. Ich möchte mich aber auch für die gute Zusammenarbeit mit dem GR bedanken. Es hat wirklich super funktioniert. Ein Dank geht auch an Roman für die Unterstützung, für die Sitzungsvorbereitung und auch für die Unterstützung während der Sitzungen. Es war sehr wertvoll. Für die Zukunft alles Gute. Liebe Karin, ich danke auch dir für die wunderbare Unterstützung. Du hast es so schön formuliert, es war eine Freude neben dir zu sitzen. Ich danke dir für die grosse Unterstützung und schon jetzt alles Gute für das kommende Jahr, wo du das Amt übernehmen wirst. Und jetzt möchte ich mich abschliessend noch an Brigitte wenden. Ich danke dir herzlich für alles was du gemacht hast in diesem Jahr. Das war grossartig. Wir haben uns wegen der 100 Jahre Feier ein paar Mal getroffen, auch mit weiteren Leuten, den ich an dieser Stelle auch noch danke. Brigitte du hast einen super Job gemacht und mich sehr gut unterstützt, immer offen, freundlich und einfach toll. Ich danke dir für die super Zusammenarbeit. Abschliessend wünsche ich euch und euren Familien und Freunden eine schöne Adventszeit, schöne Weihnachten und ein guter Rutsch ins 2021. Ich wünsche euch einen schönen Abend, bleibt gesund. Die Sitzung ist geschlossen und damit auch die Legislatur 2017 bis 2020. Herzlichen Dank, alles Gute und bis zum nächsten Mal.

---

Burgdorf, 22. Januar 2021

Namens des Stadtrates:

  
Peter von Arb  
Stadtratspräsident

  
Brigitte Henzi  
Protokollführerin